

# Die Presse wird wieder eingeengt.

REICHAUSGABE

PREIS 10 PF.

# Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 3.— Mark monatlich zusätzlich Zustellgebühr nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit

Redaktion und Verlag: Berlin SW 19, Inselstr. 8a. Fernruf: P 7 Jannowitz 5909. Postscheckkonto Berlin Nr. 604 60 (Internationale Verlagsanstalt O m b H.).

NUMMER 315 A

BERLIN • Sonntag, den 5. Februar 1933

2. JAHRGANG

# Bürgerkrieg geht um!

## Wieder 5 Tote — natürlich von links.

### AUS DEM INHALT:

Erste Enthüllung über die Vierjahrespläne.  
Der Schlag gegen die Opposition.  
Wo gibt es eine Mordorganisation?  
Maikowski!  
Ein Putschgerücht und sein Dementi.  
Billig siedeln!  
Empörendes Kinderelend.

### Der Krieg der Klassen in China.

Gu-n. Während in diesen Tagen die Nanking-Regierung zum Entsetzen der chinesischen Bevölkerung Pekings aus dieser Hauptstadt des Nordens das fortschafft, woran Nanking anscheinend am meisten liegt: 3000 Kisten mit Kostbarkeiten aus den chinesischen Kaiserpalästen Peping; während der chinesische Kommandeur im Norden, Tschang Hsue-Liang, der Presse seine Erwartung neuer schwerer Kämpfe mitteilt,

schickt Tschang Kai-Schek sich an, mit verstärkter Kraft an anderer Stelle des Landes Krieg zu führen: gegen die Bauernrevolution und die roten Armeen, vor allem in der Provinz Kiangsi.

Die Masse der revolutionären Bauern und die Roten Bauernarmeen sind innerhalb Chinas die einzige Macht, die Nanking ernsthaft zu schaffen macht. Heftige Kämpfe, die Tschang Kai-Schek im Januar gegen die Bauernarmeen geführt hat, haben trotz Siegesmeldungen Nankings nicht zur Niederwerfung der Roten Armeen geführt. Das zeigte Nachrichten, die Anfang der vergangenen Woche aus Hankau kamen: über die Stadt ist der Belagerungszustand verhängt worden; weil Rote Armeen im Anmarsch sind. Zwei neuere Meldungen beleuchten noch schärfer die Lage:

1. In Kanton hat eine Konferenz von Militärs stattgefunden, die über den Krieg gegen die Bauern beraten haben.

Vertreter aus den drei an der chinesischen Südküste liegenden Provinzen Kwangsi, Kwantung und Fukien haben mit Vertretern der Nanking-Regierung

über die nächsten Militäraktionen gegen die Roten Armeen in der weiter nördlich gelegenen Provinz Kiangsi beraten.

Sie wollen Tschang Kai-Schek in dem Kampf gegen die revolutionären Massen unterstützen und zu dem Zweck zunächst 30 000 Mann bereitstellen. General Tsai Ting-Kai, der Kommandeur der durch die Kämpfe um Schanghai berühmten 19. Armee soll das Kommando in diesem Bürgerkrieg übernehmen.

Erst nach Niederwerfung der revolutionären Bauernmassen sollen die Truppen an die Jehol-Grenze geworfen werden, um gegen Japan zu kämpfen.

2. Japanische Wirtschaftsverbände haben der Regierung in Tokio ihre Sorge über den wachsenden kommunistischen Einfluß in bedeutenden Teilen Chinas zum Ausdruck gebracht. Das japanische Außenministerium hat mit den Wirtschaftsverbänden verhandelt. Ergebnis: der japanische Gesandte in Schanghai erhält Anweisung, die Nanking-Regierung ernstlich darauf aufmerksam zu machen, daß die Entwicklung der kommunistischen Bewegung in China die japanische Regierung mit großer Besorgnis erfülle.

Sollte der Kommunismus weiter gegen die japanischen Interessen arbeiten, so würden die japanischen Regierungen selbständig gegen die chinesischen Kommunisten vorgehen

Im Ruhrgebiet kam es an verschiedenen Stellen zu Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und linken Arbeitern. In Elberfeld wurde ein Kommunist erheblich verletzt. Nazis nahmen gegen Polizeibeamte eine drohende Haltung ein und versuchten einen festgenommenen Nazi zu befreien. Dabei wurde ein Polizist verletzt. Schusswaffen wurden beschlagnahmt. Verhaftungen werden nicht gemeldet. Ebenfalls in Elberfeld wurde ein Nationalsozialist erheblich am Kopf verletzt.

Nach dem gestern gemeldeten Ueberfall aus dem Nazi-Haus auf einen sozialdemokratischen Demonstrationszug in Witten, bei dem 11 linke Arbeiter, 4 davon schwer, verletzt wurden, durchsuchte die Polizei das SA-Haus: Eine Pistole, ein Trommelrevolver, Hieb- und Stichwaffen wurden beschlagnahmt, zwei Wittener SA-Leute verhaftet. Der Polizeikommandant von Bochum hat alle politischen Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel im Bereich des Polizeiamts Witten verboten.

In Velbert, wo die Nazis vor einigen Tagen einen Arbeiter mit dem Hammer erschlugen, kam es zu Schießereien.

In Remscheid, wo angeblich Kommunisten demonstrieren und wo Polizeibeamte die Demonstration auflösen wollten, entstand eine Schießerei, bei der niemand verletzt wurde.

In Duisburg-Hamborn wurde in Verlauf eines ersten Zusammenstoßes zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten der Kommunist Weckmann tödlich verletzt. Ein weiterer — wahrscheinlich ebenfalls linksstehender, denn die TU berichtet bloß: Mann wurde überfallen und schwer verletzt.

In Lünen-Brambauer Zaunlattenschlägerei zwischen Nazis und Reichsbanner. Vier Reichsbannerleute, drei Nazis schwer verletzt.

Messerstecherei in Düsseldorf: ein Kommunist ist lebensgefährlich verletzt worden. An einer anderen Stelle der Stadt kam es zu einer Schlägerei zwischen Nazis und Kommunisten, bei der ein Kommunist Schussverletzungen erhielt, ein Nazi wurde „ebenfalls verletzt“!

Ein kommunistisches Verkehrslokal in Fürth (Bayern) wurde — wie nach den bisherigen Ermittlungen gemeldet wird — von SA „aufgesucht“. Schießerei: acht Verletzte ins Krankenhaus. Der SA-Führer, der zugibt, scharf geschossen zu haben, ist „vorläufig“ festgenommen worden.

In Annaberg wurde der Reichsbannermann Illing durch Nationalsozialisten getötet.

### Generalstreik in Lübeck als Protest gegen die Verhaftung eines Ueberfallenen.

Wie wir bereits meldeten, wurde vor einigen Tagen der Sozialdemokrat Leber in Lübeck verhaftet, weil bei einem von den Nazis provozierten Zusammenstoß mit Leber und seinen Parteifreunden ein Nazi tödlich verletzt worden war. Aus Protest gegen die Verhaftung veranstaltete die Lübecker Arbeiterschaft am Freitag vormittag gegen 10 Uhr einen einstündigen Proteststreik, der offenbar glänzend verlaufen ist. Der Herr Oberstaatsanwalt hat gegen die an der Schlägerei beteiligten Angehörigen der NSDAP Antrag auf Voruntersuchung wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung zum Nachteil Dr. Lebers, Raths und des Hoteldieners Brasch gestellt.

(Meldung aus Tokio vom Freitag.) Zum Schutz der „Arbeit des japanischen Kapitals“ in Hankau — so erklärten japanische Marinevertreter — sind die japanischen Seestreitkräfte in Schanghai um zwei Minenboote verstärkt worden.

Tschiang Kai-Schek liefert von neuem den Beweis, für welche Klasse er Krieg führt.

Er bezahlt den Kampf gegen die Revolutionäre damit, daß er die japanischen Imperialisten die Okkupation Jehols und Nordchinas vollenden läßt. Denn die Niederwerfung der

Aus Sachsen werden aus den verschiedensten Städten Zusammenstöße gemeldet. In Radeberg und bei Radeberg wurde ein SA-Mann niedergeschlagen, andere Nationalsozialisten, Fackelträger, belästigt.

In Chemnitz Steinbombardement auf das Volkshaus; 7 große Scheiben zertrümmert.

In Berlin schlug ein Nazi einen achtzehnjährigen Kommunisten zu Boden. Ein zu Hilfe eilender Straßenreiner wurde ebenfalls erheblich verletzt. Der Nazi und zwei seiner Freunde wurden verhaftet.

In der Bergstraße in Neukölln drangen etwa 25 uniformierte Nazis in eine polizeilich genehmigte Filmvorführung der KPD ein, zerstörten einen Teil der Einrichtungsgegenstände und sollen auch einen Schmalfilmvorführungsapparat gestohlen haben; fünf Kommunisten angeblich verletzt. Die herbeigerufenen Polizei konnte die Täter nicht mehr ermitteln.

Zwei schwere Zusammenstöße in Berlin zwischen Nazis und Kommunisten forderten drei schwere Opfer: zwei Kommunisten tot, einer schwer verletzt. Neun Kommunisten, fünf Nazis festgenommen.

Die Mordkommission hat bisher ermittelt:

In Moabit hatten vier Nationalsozialisten von einer Versammlung heimkehrende Kommunisten plötzlich beschossen und dann die Flucht ergriffen. Die Kommunisten nahmen die Verfolgung auf. Die Nationalsozialisten deckten nun ihre Flucht mit weiterem Pistolenfeuer, wobei der 18jährige Kommunist Kollatsch dann tödlich verletzt wurde.

In Grasse, in der Mark, kam es zwischen SA-Leuten und Reichsbannerangehörigen zu einer Schlägerei mit Messerstecherei, wobei sechs SA-Leute schwer verletzt wurden und drei von ihnen ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Die Telegraphen-Union berichtet über die Ursache, sie sei „bisher noch ungeklärt“.

Vor dem Wohlfahrtsamt in der Wiesenstraße in Berlin kam es zu Kundgebungen, bei denen die Menge „Schmährufe gegen die Regierung ausstieß“. Gummiknüppel, heftiger Widerstand und Räumung der Straße. Neun Kommunisten verhaftet!

In Berlin wurden von den kommunistischen Versammlungen in geschlossenen Räumen vier durch die Polizei aufgelöst, als die Redner „zum Generalstreik bzw. zum Widerstand gegen die Staatsgewalt aufforderten“

Der Senat der Stadt Lübeck hat alle Kundgebungen und Umzüge unter freiem Himmel verboten, anlässlich der blutigen Vorfälle vom Dienstag. Dieser Senat hat sich wenigstens einen Rest des Gefühls für Gleichheit bewahrt, indem er nicht nur den linken Parteien die Demonstrationen verboten hat.

### Die Presse wird wieder eingeengt.

Der Reichspräsident hat am Sonnabend mittag eine Notverordnung über die Presse unterzeichnet, durch die die wesentlichen Bestimmungen der durch den optimistischen General von Schleicher außer Kraft gesetzten Presse-notverordnung wieder in Kraft gesetzt werden.

Bauernarmee — wenn sie überhaupt gelingen sollte — wird so viel Zeit erfordern, daß inzwischen Japan im Norden mit Tschang Hsue-Liang fertig werden wird. Es hat überdies den Anschein, daß die japanischen Klassengenossen Tschiang Kai-Scheks sich in seiner Nähe festsetzen wollen, indem sie die Bauernrevolution als Anlaß für eine Intervention im Süden Chinas benutzen. Das würde den Japanern allerdings einen ernstesten Konflikt mit ihren englischen Klassengenossen eintragen, die den Süden als ihr besonderes Interessengebiet in Anspruch nehmen.

# Vertrauensvotum für Daladier.

Nach einer eingehenden Aussprache wurde in der französischen Kammer der von Herriot eingebrachte Vertrauensantrag für die Regierung Daladier

mit 370 gegen 200 Stimmen angenommen.

Der entscheidende Punkt der Debatte war die Auseinandersetzung Daladiers mit den Sozialisten. Als Vertreter der Sozialisten sprach Frossard scharf gegen die Diktaturabsichten Tardieus. Den Plänen der neuen Regierung stand er zunächst mißtrauisch gegenüber und verlangte Klarheit darüber, mit welcher Mehrheit Daladier zu regieren gedenke. Daladiers Antwort: Er vertrete die Idee der entschiedenen Demokratie; für ihn gebe es nur eine Mehrheit, die der Linken, die seit den Wahlen im Frühjahr 1932 am Ruder sei. Um die

Sozialisten zu gewinnen, deutete Daladier Zugeständnisse in der Budgetfrage und der Frage der 40-Stunden-Woche an.

Nach einer kurzen Fraktionssitzung erklärten die Sozialisten daraufhin, daß sie für die Regierung stimmen würden.

In Kammer und Senat wurde dann die Regierungserklärung der neuen Regierung verlesen. Sie ist auf den Ton gestimmt: „Für das republikanische Vaterland und den internationalen Frieden!“ An konkreten Vorschlägen enthält die Erklärung wenig.

Außenpolitisch: „Das Geschick Frankreichs wollen wir mit dem der großen befreundeten Nationen verbinden, mit denen uns die Hoffnung auf dasselbe Ideal vereinigt.“

Innenpolitisch: „Die Regierung ist stolz auf die rechtlichen und sozialen Einrichtungen der Republik. Ihnen wollen wir treu bleiben.“

## Der Hirtenberger Waffenschmuggel.

Eine neue Pleite des Völkerbundes — zu Gunsten der Rüstungsindustrie?

Der bekannte Waffentransport nach Oesterreich, der nach Ungarn weiterging, obwohl die Waffen wie bekannt angeblich in Oesterreich repariert werden sollten, hat nach einigen Kreuz- und Querfragen der englischen Regierung dazu geführt, daß die Engländer offenbar wünschen, über diese Angelegenheit im Völkerbundsrat nicht weiter zu sprechen. Wahrscheinlich haben sie die ganze Untersuchungskomödie nur deshalb angestellt, um der sich bedroht fühlenden kleinen Entente einen unverbindlichen Gefallen zu tun.

Das lettische Kabinett ist zurückgetreten, nachdem am Freitag das Parlament einen Gesetzentwurf des Unterrichtsministeriums abgelehnt hatte, in dem eine Beschneidung der Rechte nicht-lettischer Schule gefordert wurde

## Waffensuche bei der Wiener Sozialdemokratie.

Bei einer von der Polizei vorgenommenen Waffensuche bei der sozialdemokratischen Organisation in Wiener Neustadt hat man neben kleineren Waffen dreißig Maschinen-gewehre gefunden, von denen die Sozialdemokraten behaupten, sie seien ihnen von dem christlich sozialen Heeresminister Vaugoin seinerzeit gegeben worden, um das Burgenland zu verteidigen.

Im Finanzausschuß des Bundesparlaments brachte der Sozialdemokrat Deutsch und der Heimatbundmann Heinz den Hirtenberger Waffenschmuggel in die Debatte, worauf ihnen prompt von den Chefs der Regierung der Vorwurf des Landesverrats gemacht wurde, während die Sozialdemokraten ihrerseits behaupteten, daß die Waffen zur Unterstützung eines kroatischen Aufstandes hätten dienen sollen. Natürlich wurde auch dies wieder bestritten.

# Kriegsgeräte und Friedensgerede.

## Vom Kapitalismus des Völkerbundes.

In der Schweizer Öffentlichkeit wird zur Zeit die naheliegende und berechtigte Frage diskutiert, ob es nicht angebracht sei, daß die Schweiz, das durch feierliche Abmachungen für neutral erklärte Land, der Schauplatz von Völkerbundssitzungen und Abrüstungskonferenzen, sich des Waffenhandels mit anderen Staaten enthalte. Schweizer Pazifisten treten mit Nachdruck dafür ein. In der „Neuen Zürcher Zeitung“ hat sich daraufhin vor kurzem ein Vertreter der kapitalistischen Interessen gegen diesen Anprall der „Völkerbundsvereinigungen, Frauenvereine, Kirchensynoden und übrigen Verbände“ zur Wehr gesetzt. Die Argumente, mit denen er in den Kampf zieht, sind klassisch, — zu deutsch: sie sind vorbildlich für alle, die in der gleichen oder in einer ähnlichen Angelegenheit um Entschuldigungen verlegen sind.

Zunächst wird auseinandergesetzt, wie gering die Anteilnahme des Schweizer Waffenhandels am gesamten Waffenhandel der Welt ist.

Dann wird festgestellt, daß ein Staat zur eigenen Sicherheit gegen Ueberfälle eine eigene Waffenfabrikation haben müsse, die dann natürlich auswärtige Bestellungen mit erledigen könne.

Ferner wird auf die schlechte Handelsbilanz hingewiesen, die bei ihrer starken Passivität die paar Millionen für Granaten und sonstiges Kriegsgerät nicht entbehren könne, zumal der Export an „friedlichen“ Industrieartikeln nicht mehr recht ziehe (!).

Natürlich wird auch die Entlassung „einiger hundert Arbeiter“ als bedenkliche Folge eines allzu weit gehenden Pazifismus hingestellt.

Zu guter Letzt der Hinweis, daß gerade ein neutraler Staat wie die Schweiz „einseitige, ungerechte, militärische Machtkonzentration erschweren und damit großes Unrecht an einem Volk durch Belieferung eines von den Großstaaten preisgegebenen Staates verhindern“ könne.

Zur Erläuterung: Dieses letzte Argument steht im zweiten Teil des Artikels und damit in einer anderen Nummer der Zeitung als das erste. So fühlt sich der Ver-

fasser nicht genötigt, zu erklären, wieso die nach Punkt 1 so minimale Schweizer Waffenausfuhr hinreicht zum Ausgleich der Einseitigkeiten, die beim Waffenhandel der anderen entstehen.

Diesen Völkerbundskapitalisten ist offenbar die Produktion von Friedensgerede in Genf und von Kriegsgeräten in den Schweizer Waffenfabriken gleich lieb: Beides bringt Geld ein.

Bertrand Russell, der englische Mathematiker und Philosoph, hat in einem Buch über die moderne Erziehung diesen Grundzug des nationalistischen Wettstreits der Staaten herausgestellt. Er geißelt ihn mit den Worten:

„Der Patriotismus in seiner streitbareren Form ist aufs engste mit Geld verknüpft. Die bewaffneten Streitkräfte eines Landes können und werden zur Bereicherung seiner Bürger eingesetzt. Das geschieht zum Teil durch Forderung von Tributzahlungen oder Reparationen, zum Teil durch erzwungene Bezahlung von Schulden, deren Zahlung anderenfalls verweigert würde, zum Teil durch Aneignung der Rohstoffe eines Landes, zum Teil durch erzwungene Handelsverträge. Würde dieses ganze Verfahren nicht durch den Glanz des Patriotismus verklärt, so würde seine Gemeinheit und Schlechtigkeit allen Leuten mit gesundem Menschenverstand offenbar sein.“

Durch die Erziehung könnte mit Leichtigkeit, wenn man nur wollte, das Gefühl der Solidarität des Menschengeschlechts und der Bedeutung internationaler Zusammenarbeit eingepflanzt werden. Im Verlaufe einer einzigen Generation ließe sich der fanatische Nationalismus, unter dem die Welt heute leidet, ausrotten. Im Verlaufe einer Generation könnten die Zollmauern, durch die wir heute verarmen, abgebaut sein, könnten die Rüstungen, durch die wir uns gegenseitig mit dem Tode bedrohen, abgeschafft, der Haß, durch den wir uns ins eigene Fleisch schneiden, durch Wohlwollen ersetzt sein! Der Nationalismus, der heute überall reißend um sich greift, wird hauptsächlich von den Schulen gezeitigt, und wenn ihm ein Ende gemacht werden soll, so muß die Erziehung von einem anderen Geiste besetzt sein.“

## Maikowski.

Die Berliner SA hat ihrer Verehrung für den erschossenen Mörder Maikowski dadurch Ausdruck verliehen, daß sie am Donnerstag durch die Wallstraße in Charlottenburg marschierte, die Straße, in der Maikowski und der Schutzpolizist Zauritz erschossen wurden. Die Straße war von der Polizei geräumt, sämtliche Gastwirtschaften und Haustüren waren von der Polizei geschlossen worden. Die Straßenseiten waren mit Polizisten besetzt, die mit drohenden Karabinern die Fenster geschlossen hielten, unterstützt von Scheinwerfern, die die Häuserfronten ableuchteten. Die Seitenstraßen waren von Polizeiautos abgeriegelt.

Am Sonntag soll das Staatsbegräbnis vor sich gehen, veranstaltet von Reichsregierung, SA und „Stahlhelm“.

Der Vierte hat sich zurückgezogen: die für den Sonnabend angekündigte Aufbahrung im Dom ist abgesagt worden; das Domkollegium will nicht!

Es teilt am Sonnabend mittag mit: eine öffentliche Aufbahrung im Dom sei nicht beabsichtigt gewesen, lediglich die Trauerfeier am Sonntag.

Schließlich konnte es den Pastoren nicht verborgen bleiben, wer Maikowski war.

Er hat am 9. Dezember 1931 bei einem Feuerüberfall auf Kommunisten den Arbeiter Lange erschossen, und selber dem Gericht schriftlich mitgeteilt, daß er die tödlichen Schüsse auf Lange abgegeben hat, daß er sich aber dem Gericht nicht stellen werde. (Von seiner „Notwehr“ war er offenbar nicht überzeugt!) Der „Angriff“ rühmte dieser Tage über den Mord an Lange: „Da sprang ‚Hanne‘ Maikowski dazwischen, jagte zunächst einen Schreckschuß in die Luft, war dann gezwungen, einen der Angreifer nieder-

zuschließen . . .“ Auch die Voruntersuchung hat ergeben, daß Maikowski den Lange erschossen hat.

Auf Veranlassung des Staatsanwaltschaftsrats Stenig wurde Maikowski jedoch außer Verfolgung gesetzt, weil hinreichend wahrscheinlich sei, daß Maikowski in Notwehr geschossen habe; er werde zwar von einer Reihe Zeugen schwer belastet; aber diese Zeugen seien unglaubwürdig.

Derselbe Stenig führt jetzt die Ermittlungen wegen der Erschießung Maikowskis und des Polizisten Zauritz.

Was Stenig über diese Ermittlungen bisher hat mitteilen lassen, hat eine große Ähnlichkeit mit dem Ermittlungsverfahren im vergangenen Sommer wegen der Erschießung des SA-Mannes Gatschke, ebenfalls vom Sturm 33, in der Röntgenstraße: Mehrmals werden Kommunisten verhaftet, müssen wieder freigelassen werden. Jetzt ist schließlich gegen eine Frau Borchert die Untersuchung eingeleitet worden, weil sie zu Gewalttätigkeiten aufgehetzt haben soll. Außerdem sind drei Arbeiter in Haft, die in den Häusern der Wallstraße von der Polizei mit Schußverletzungen aufgefunden worden waren. Es sollte uns nicht wundern, wenn das Ergebnis bei Maikowski dasselbe sein sollte, wie im Fall Gatschke: von seinen „Kameraden“ erschossen.

Inzwischen ist aber die Rote Hilfe in dem Ermittlungsverfahren, das sie selber betreibt, erfolgreicher als Stenig.

Die Rote Hilfe hat der Polizei Zeugen namhaft gemacht, die Aussagen von folgender Beemtmtheit machen können:

„Der Zug der Nationalsozialisten kam am fraglichen Abend von der Berliner Straße die Wallstraße herab. Er ballte sich dann schließlich vor dem Hause Nr. 25 zusammen. Der Sturmführer Maikowski marschierte an der Spitze.

Wenn solche einfachen und klaren Gedankengänge der nationalistisch-verhetzten Presse Tag für Tag entgeschleudert würden, so würde das zwar der nationalistischen Politik selber noch keine Zügel anlegen, aber es würde doch dahin wirken, Argumenten von dem erbärmlich niedrigen Niveau der „Neuen Zürcher Zeitung“ den Boden zu entziehen. sh.

## Die Nationalbank protestiert.

Die Rumänische Nationalbank hat gegen die Unterzeichnung des Genfer Protokolls Verwahrung eingelegt, da sie es nicht für gerechtfertigt hält, daß die Bank einem ausländischen „Berater“ unterstellt wird, der zudem noch in den sonstigen Regierungsgeschäften, wenigstens soweit sie etwas mit Finanzsachen zu tun haben, die eigentliche Macht ausüben wird.

33 Kirchen wurden geschlossen, in der Ukraine während der Monate Dezember und Januar. Die Kirchen werden jetzt von roten Truppen bewohnt.

## Weißt Du noch?

Von dem unter der Papen-Regierung mit viel Lärm bewilligten Arbeitsbeschaffungsprogramm wurden bis Ende 1932 nur 20 Millionen Mark bewilligt. Diese 20 Millionen Mark sind ein Achthundertstel der Ausgaben der öffentlichen Körperschaften im Jahre 1932.

Hitler telegraphierte am 28. August 1932 an die Mörder von Potempa: „Meine Kameraden! Angesichts dieses ungeheuerlichen Bluturteils fühle ich mich mit Euch in unbegrenzter Treue verbunden. Eure Freiheit ist von diesem Augenblick an eine Frage unserer Ehre, der Kampf gegen eine Regierung, unter der dieses möglich war, unsere Pflicht.“

Die während des ersten Potempa-Prozesses flüchtigen Mörder Golombek und Dutzki sind Ende November 1932 verhaftet worden. Die Hauptverhandlung für den Prozeß gegen diese beiden wurde zunächst auf den 9. Dezember 1932 angesetzt, dann auf den 16. Dezember verschoben, dann noch einmal verschoben auf einen noch zu bestimmenden Termin. Die letzte Meldung in dieser Sache datiert vom 20. Januar 1933 und sagt, daß der Prozeß gegen Golombek und Dutzki „voraussichtlich im Februar“ stattfinden werde. — Voraussichtlich im Februar?

Der italienische Antifaschist Marcello Ferrari war wegen seiner politischen Tätigkeit aus Italien geflüchtet und hielt sich in Oesterreich auf, wo er selbstverständlich seine Tätigkeit für die Beseitigung des Mörderparadieses in Italien fortsetzte. Er wurde daraufhin nicht nur ausgewiesen, sondern

sollte an Italien ausgeliefert werden.

Ferrari, der natürlich wußte, welches Los ihm in Italien bevorstand, sprang kurz vor der Erreichung des italienischen Grenze aus dem fahrenden Eisenbahnzug, und wurde dabei getötet.

Der österreichische Staatssekretär für das Sicherheitswesen heißt Fey und ist Heimwehrmajor.

## BERLIN

Sonntag, den 5. Februar, 11 Uhr, in der „KAMERA“, Unter den Linden 14:

## Morgenveranstaltung

des „Funkens“, die dazu beitragen soll, den weiteren Kampf des „Funkens“, insbesondere gegen den Krieg, finanziell zu unterstützen.

ERNST GLAESER, ALEXANDER GRANACH, ERICH MÜHSAM, THEODOR PLIVIER, GERD THOMAS (an der Orgel) wirken mit.

Der Preis der Eintrittskarten beträgt 1.— Mark und 1,50 Mark, für Erwerbslose 0,50 Mark. Karten können im Vorverkauf bezogen werden bei der Internationalen Verlagsanstalt G. m. b. H., Berlin SW 19, Inselstraße 8a. Außerdem bei den Verkäufern des „Funkens“. Der Reinertrag geht dem Pressefonds des „Funkens“ zu.

Ich habe ihn deutlich erkannt. Er war in voller Naziform, einen Soldatenmantel hatte er nicht an. . . Die vordersten sechs Mann des Zuges, unter ihnen auch Maikowski, stellten sich nun in Schützenstellung quer über den Damm auf und sperrten dann die ganze Wallstraße ab. Alle sechs waren bewaffnet. Maikowski gab einen Schreckschuß ab. Ich bezeichne diesen Schuß deshalb als Schreckschuß, weil Maikowski die Pistole nach oben hielt und der Schuß senkrecht nach oben abgegeben wurde. . . Ich selbst . . . stand zu gleicher Zeit auf demselben Bürgersteig, etwa 15 Meter von Maikowski entfernt, vor einem dort befindlichen Friseurgeschäft und sah ihm direkt ins Gesicht. Zwischen mir und ihm befanden sich einige Personen, unter anderem auch ein vorstürmender Schutzpolizist. Bei diesem Vorstürmen erscholl von seiten der SA-Leute der laute Ruf „Feuern, Feuern!“

Darauf senkte Maikowski den Revolver nach vorn in etwa Manneshöhe. Hierauf zog der vorstürmende Schutzpolizist seinen Revolver, entscherte, lud ihn, und seinen linken Arm hochhebend, lief er weiter nach vorwärts. In diesem Augenblick sah ich sechs Mündungsfeuer aufblitzen aus der vordersten Reihe der Nationalsozialisten.

Die Schüsse sind also zu meiner Richtung hin abgegeben worden. Diese Salven erfolgten zweimal, und bei der ersten Salve

brach der Schutzpolizist, der nahezu auf drei bis vier Schritte an die Linie der Nationalsozialisten herangekommen war, zusammen. . .

Maikowski kenne ich seit 1931, eine Personenverwechslung ist ausgeschlossen, unter den schießenden Nationalsozialisten war auch der Nationalsozialist Oschniakl aus dem Sturm 33, der als berühmtester Schießheld, der immer eine Waffe bei sich führt, bekannt ist. . .

Dies ist nicht die einzige Aussage derart. Die Polizei hat von den angebotenen Zeugen keinen Gebrauch gemacht. Stenig hat ja bei der Freilassung Maikowskis bereits gesagt, solche Zeugen sind ihm unglaubwürdig!

# Ein Putschgerücht und sein Dementi.

Herr Werner von Alvensleben, der Vorsitzende jenes Herrenklubs, der das deutsche Volk in gräßliche Intrigen verwickelt hat, teilt großmütig in der TU mit, welche ein undringliches Durcheinander von Rauferei um die Regierungssessel stattgefunden hat: Schleicher soll Hindenburg vor einer neuen Kanzlerschaft Papens gewarnt haben, weil 90 Prozent des Volkes gegen eine solche Regierung seien und weil bei den dann unausbleiblichen politischen Kämpfen Reichswehr und politische Polizei zermürbt werden müßten. Ihm (also dem Herrn Klubsesseldrucker persönlich) sei in diesen Tagen „von maßgeblicher Seite“ die Situation so dargestellt worden, als ob Hitler mit dem Trio Papen-Hugenberg-Hitler nicht einverstanden sein würde und daß Hindenburg danach entschlossen gewesen sei, deshalb ein autoritäres Kabinett Papen-Hugenberg zu ernennen. Nun entlarvt sich einer der Generalschieber also wörtlich:

„In einer derartigen Lösung erblickte ich eine ungeheure Gefahr für unser Vaterland und glaubte, unter solchen Umständen mit allen zulässigen Mitteln, soweit sie in meinen schwachen Kräften standen, darauf hinwirken zu müssen, daß Herr Hitler mit der Kanzlerschaft betraut würde. Ich habe in diesem Sinne mehrere hervorragende Persönlichkeiten der NSDAP gesprochen und bei der Gelegenheit auch meiner Auffassung Ausdruck gegeben, daß man Menschen, die den Feldmarschall zu einem Schritt drängen wollten, unter Ausschaltung der NSDAP ein rein deutschnationales Kabinett zu ernennen, am besten verhaften sollte. Ich habe auch meiner Meinung Ausdruck gegeben, daß die Armee, wenn sie bei den unausbleiblichen Folgen gegen 90 Prozent des Volkes auftreten müsse, zerrieben würde und daß die Armee unter keinen Umständen in eine derartige Lage gebracht werden dürfe.“

Aus diesen meinen Unterhaltungen sind unrichtige Schlüsse gezogen worden, die zum Teil so aufgefaßt wurden, als hätte ich die Idee gehabt, eine Regierungsbildung Hitler-Papen-Hugenberg zu verhindern. Genau das Gegenteil ist der Fall. Wenn durch diese meine Unterhaltungen der Entschluß des Reichspräsidenten, Herrn Hitler zum Reichskanzler zu ernennen, gefördert worden ist, so ist in der Tat das erreicht worden, was meiner Überzeugung nach erreicht werden mußte.“

Angesichts dieses Entlarvungsfeldzuges jenes famosen Klubs von Leuten, die aus lauter Langeweile ein Volk um seine wohlverdienten Rechte bringen und deren Intelligenz zum Glück noch mäßiger ist als ihr Verlangen nach ordentlicher Arbeit, angesichts dieser wirklichen Drahtziehergemeinschaft muß man lesen, wie die „Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz“ über den „geistigen Terror der nationalen Lügenfront“ faselt und von den „Drahtziehern“, denen man beibringen müsse, „daß eine neue Zeit angebrochen sei“. Sie wüßte auch schon länger, daß solche Maßnahmen bevorstehen (die neue angekündigte Pressenotverordnung!). Vielleicht meint die biedere NSK, daß jetzt also die nationale Lügenfront dran sei. Wir können ihr verraten, daß die mindestens seit 1914 dran ist, und zwar so ausgeprägt, daß einer der anständigen Nationalisten (sowas gab es vor 15 Jahren noch), nämlich Herr von Heydebrandt und der Lassa, der sogenannte ungekrönte König von Preußen, ein Junker, wie er im übrigen im Buche stand, unmittelbar am Ende des Krieges sagte: „Wir sind schmachvoll betrogen worden!“ Und zwar meinte er von den Leuten, denen er bisher vertraut hatte, und das waren keine Sozialdemokraten. Dieser Mann besaß immerhin den anstän-

digen Mut, sich von da um seine Felder zu kümmern und nicht mehr in die Politik hineinzuintrigieren wie seine Kollegen.

Da übrigens gerade von Lügen und Fronten die Rede ist, ist es vielleicht nicht abwegig, nationale Leute zu zitieren: „Es war grundfalsch, die Schuld am Kriege von dem Standpunkte aus zu erörtern, daß nicht nur Deutschland allein verantwortlich gemacht werden könnte für den Ausbruch dieser Katastrophe, sondern es wäre richtig gewesen, diese Schuld restlos dem Gegner aufzubürden, selbst wenn dies wirklich nicht so dem wahren Hergange entsprechen hätte, wie es doch nun tatsächlich der Fall war.“

Im Hauptausschuß des preußischen Landtages wurde ein Antrag der SPD angenommen, zu untersuchen, ob der von uns öfters gekennzeichnete ehemalige Sozialdemokrat und jetzige nationalsozialistische Senatspräsident Grütznher noch die geistigen Fähigkeiten zur Ausübung seines hohen Amtes besitzt. Im Falle er sie nicht besitzt, soll die Entfernung von seinem Posten erfolgen; im anderen Fall soll er in ein Strafverfahren verwickelt werden wegen wissenschaftlich falscher Anschuldigung und Beleidigung.

Der kommissarische Leiter des sogenannten preußischen Kultusministeriums, Professor Kähler, ist von seinem Posten zurückgetreten: etwas Neues tritt ans Licht: Ein Schriftstellerverband und eine Gesellschaft für deutsches Schrifttum erlauben sich, „das preußische Staatskommissariat zu bitten, das Amt ... dem Dr. Kriegk ... zu übertragen“. Inzwischen verläutet, daß für diesen wirklich wichtigen Posten ein nationalsozialistischer ehemaliger Studienrat aus Hannover, Herr Ruest, ausersehen ist.

Auch in Preußen sind jetzt die Arbeitsgebiete des früheren Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten und des Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit zusammengelegt und ebenso wie im Reich Hugenberg zur Betreuung übertragen worden.

Die nationalsozialistische Fraktion des preußischen Landtags wünscht, daß die Auflösung erst am 4. März in Kraft treten soll, um den Abgeordneten im Wahlkampf die Freifahrkarten zu erhalten.

In der Bremer Bürgerschaft haben die Deutschnationalen und die Nazis den Antrag auf Auflösung eingebracht. Sie fordern die Behandlung des Antrags für die Sitzung vom 14. Februar.

## Nur Nazis dürfen Parteifahren aufziehen.

Die Thüringische Regierung hat verboten, daß in Gemeinden mit roter Mehrheit rote Fahnen auf öffentlichen Gebäuden aufgezogen werden. Dagegen dürfen in den Gemeinden, wo die NS die Mehrheit haben, auch weiterhin schwarz-weiß-rote und Hakenkreuzfahnen geflaggt werden.

## Der Geist von Potsdam.

Die Potsdamer Ortsgruppe des Verbandes deutscher Polizeibeamter hat eine Entschließung angenommen gegen die Wahl Heimannsbergs zum Verbandsvorsitzenden.

## Quittung

über Spenden für den Pressefond des „Funken“.

H. S. in B. 10.— M.; R. L. in B. 33.20 M.; S. S. in W. 45.— M.; F. S. in B. 5.— M.; H. S. in B. 8.40 M.; W. H. in B. 0.60 M.; W. K. in M. 5.— M.; G. H. in W. 50.— M.; G. C. in L. 10.— M.; K. S. in H. 3.— M.; E. V. in B. 4.— M.; N. B. in B. 4.— M.; E. S. in B. 2.— M.; C. B. in H. 10.— M.; L. W. in S. 5.— M.; N. N. in G. 20.— M.; N. N. in G. 6.— M.; N. N. in G. 10.— M.; M. K. in G. 10.— M.; E. S. in G. 10.— M.; F. K. in G. 2.— M.; E. F. in F. 35.— M.; W. S. in B. 5.— M.; K. H. in S. 3.— M.; W. R. in S. 5.— M.; A. B. in S. 20.— M.

# Erste Enthüllung über die Vierjahrspläne:

Erhöhung der Kohlenpreise, Senkung der Bergarbeiterlöhne, weitere Senkung der Sozialleistungen.

Rpt. Die derzeitigen Machthaber haben zwei Vierjahrspläne für Deutschland angekündigt. „Noch sind Einzelheiten darüber nicht bekannt, wie die Reichsregierung Hitler-Hugenberg die Aufgabe anpacken will, den Scherbenhaufen auszuräumen, den die marxistische Mißwirtschaft in den 14 Jahren seit der Staatsumwälzung hinterlassen hat.“ So beginnt Hugenberg's „Volkswirtschaftliche Korrespondenz“ am 4. Februar ihren Artikel „Vierjahrspläne“. In einem anderen Artikel der gleichen Nummer heißt es:

„Jetzt beginnt der andere Kurs, der Kurs einer gradlinigen Politik ...“

Die Redakteure der „Volkswirtschaftlichen Korrespondenz“ kennen diesen von ihrem Herren und Meister Hugenberg beabsichtigten Kurs so gut, daß sie, auch ohne Einzelheiten zu wissen, dem Leser einiges verraten.

„Die Wirtschaft muß instandgesetzt werden, wieder Kapital bilden zu können;“ nachdem wir mit der staatssozialistischen Form der Kapitalbeschaffung durch Auslandskredite gründlich Schiffbruch erlitten haben.“ So, so! Das war Staatssozialismus, daß Hunderte von deutschen privaten Unternehmen im Ausland Kredite aufgenommen haben! Doch hören wir weiter, was außerdem in den Augen der Hugenberg-Redakteure Staatssozialismus ist (dieses Wort ist nach ihrem Sprachgebrauch ungefähr gleichbedeutend mit dem anderen: marxistische Mißwirtschaft): „Es ist auch notwendig, mit dem Staatssozialismus da sofort aufzuräumen, wo er sich am schlimmsten ausgewirkt hat, also vor allem im Kohlenbergbau, der nicht nur durch die staatliche Lohnpolitik, sondern auch durch die Zwangsfestsetzung der Kohlenpreise schwer gelitten hat.“

Da wir nicht annehmen, daß den Herren im Westen die Bergarbeiterlöhne zu niedrig, die Kohlenpreise zu hoch sind,

sieht jene gradlinige Politik nach sachkundiger Deutung also so aus: Die Kohlenkumpels sollen niedrigere Löhne erhalten; die Konsumenten sollen höhere Kohlenpreise bezahlen. Das ist tatsächlich die

geeignete Methode, bankerotten Schwerindustriellen vorübergehend aufzuhelfen.

Wir sagen: vorübergehend, denn jene Methode verschärft insgesamt die Krise.

Einen Einblick in die ganze Geisteshaltung jener Redakteure gewährt der Schlußsatz des hier zitierten Artikels, den wir abdrucken, obwohl wir dabei selber ein Gefühl des Eekels überwinden müssen: „Die wichtigste Aufgabe ist und bleibt zunächst, die Wirtschaft vom Steuerdruck zu entlasten, wozu auch gehört, den sozialen Haushalt so zu gestalten, daß

Hilfe und Versorgung ausgiebig da gewährt wird, wo sie notwendig und verdient sind.“

Wo wird heute Hilfe und Versorgung ausgiebig gewährt, wo sie notwendig und verdient sind? Diesen Zustand will Hugenberg herbeiführen, und zwar offenbar durch *Abbau des „sozialen Haushalts“*! Nach Beseitigung der Reservearmee ist so etwas natürlich möglich. Aber heute?! Heute ist es toll, unschuldigen Opfern der kapitalistischen Krise die kümmerlichen Unterstützungssätze zu beschneiden und gleichzeitig zu erklären, man wolle Hilfe und Versorgung ausgiebig da gewähren. „wo sie notwendig und verdient sind“.

Da ist es doch einfacher und entspricht wenigstens der Forderung der Ehrlichkeit, ein für alle Mal in einer Notverordnung festzustellen, daß Hilfe und Versorgung für Großagrarien „notwendig und verdient sind“ und daß sich dieser Notwendigkeit alle übrige Wirtschaftspolitik unterzuordnen hat.

A. M. FREY



(19)

## DIE PFLASTERKÄSTEN

Unberechtigter Nachdruck verboten. Copyright 1933 by G. Kiepenhauer Verlag AB. Berlin.

Ja — und Funk, in völliger Verzweiflung schon jenseits aller Vernunft, hinausgeschoben über das Tragbare einer Situation — glaubt nicht mehr an ihre Wirklichkeit. Ist so etwas möglich? fragt er sich. Er verneint es. Vielleicht träume ich schlecht —? mißtraut er. Wach auf, und alles ist vorbei! Sieh, die Kugeln haben Angst; nicht du hast Angst, sondern die Kugeln. Sie verstecken sich im Erdreich, sie schwirren näher zu dir hin, sie wollen sich ja nur in dir verstecken. Ohne Sorge! Das alles ist ein Affentanz, das alles ist läppisch und lächerlich, lache doch, lache!

Nur eine Minute so! Der Wahn weicht. Das Gehirn hat diese Flucht gebraucht; jetzt ist es wieder fähiger, nüchtern zu dulden.

Die beiden pressen den Körper erst recht an den Grund, auch Wangen und Hals, und kriechen. Eiskalter Erdbrei kriecht seinerseits in die Ärmel hinein bis über den Ellbogen, den Kragen hinab und über die Brust, der Leib ist kalt übersickert. Und dennoch: muß man die Erde nicht lieben? Zu hassen ist nur die Luft, gleich eine Handspanne über ihnen.

Endlich können sie wieder sich hinablassen — und sind wahrhaftig auf „bewohntem“ Grund. Wachen stehen da und dort an der Brustwehr unbeweglich in Mulden, hinter Schutzschilden, das Gewehr zwischen Sandsäcken, hinausspähend, ohne etwas zu sehen, und wenn sie sich kurz nach den Krankenträgern umwenden, um auf eine Frage Bescheid zu geben — die stumme, stumpfe, die niedergekämpfte, die chronische Verzweiflung steht im graugrünen Gesicht, das wie verwest aufschimmert unter dem giftigen Licht der Leuchtkegel.

Sie fragen nach Abschnitt C; dorthin sind sie befohlen. Die Stimme der Wache, ganz fremd, verrostet, vereist, keine

menschliche Stimme mehr, sagt etwas. Sie gehen der Auskunft nach, sie müssen noch zehnmal fragen in den Maulwurfslöchern der Unterstände, aus denen ein wenig Glut des elenden Eisenblechöffchens dringt oder der Lichttupfen eines Stearinsummels.

Nach weiterem Irrgang — sie laufen an dem Punkt vorbei, den sie suchen — stehen sie vor dem Sanitätsunterstand, der sie verlangt hat, der vor drei Stunden nach ihnen telephoniert hat.

Der eine Verwundete ist tot. Er ist mittlerweile an der „leichten Kopfverletzung“, die offenbar nicht so harmlos war, wie man geglaubt hat, draufgegangen. Aber dem anderen geht es gut. Er hat bloß Löcher durch Ober- und Unterarm von der gleichen Kugel, er kann marschieren. Nur das man ihm Gewehr und Tornister tragen muß. Er hat den Arm in der weißen Binde, dem dreieckigen Tuch, das unbegreiflich keusch und sauber aussieht in dieser Umwelt. Blut ist an zwei Stellen von innen her durchgeschlagen, aber das macht sich geradezu appetitlich. Wenn die Mutter in früheren Jahren, als noch die Erde stand, die Sonne gütig schien und Früchte reiften — wenn sie in diesen endlos fernen, auf ewig verlorenen Jahren Johannisbeersaft durch eine Serviette tropfen ließ, dann sah es ganz ähnlich aus; schön sah es aus, eblusterzeugend, das Wasser lief einem im Munde zusammen. Das Wasser läuft einem im Munde zusammen, aber man bekommt nur einen Becher kalten Kaffees, der den inneren Frost stärker wachrüttelt.

Ein wenig übergraut sich der Himmel. Daß nach einer solchen Nacht ein Tag überhaupt erwartet werden darf — ist es nicht ein ganz zager Trost? Es gibt einen weiteren: die „Tätigkeit“ des Gegners hat nachgelassen, die Engländer sind müde geworden.

Weshalb haben sie eigentlich so viel geschossen? Ins Blaue hinein. Ins Blaue? Ins Stockfinstere hinein, immer drauflos, kindisch drauflos. Sind sie ungeduldig, haben sie Angst, glauben sie, der Deutsche könnte herüberkommen in solcher Nacht und plötzlich da sein, wie aus dem Boden wachsen? Oder rechnen sie mit Zufallstreffern, mit ganz langsamen Schädigungen des Gegners? Auf zehntausend Schuß ein zerschmetterter Arm, ein durchbohrtes Hirn? Möglich; sie scheinen mit Munition und Material nicht im gering-

sten sparen zu müssen. — Die Deutschen sparen bereits.

Es wird still, es ist, als hörte man förmlich, wie sie sich drüben schlafen legen.

Hat nicht auch der bitterkalte Regen nachgelassen? Oder ist man nur bereit, weitere Vergünstigungen des Himmels zu entdecken? — Es wird losgezogen. Der Rückweg, eindeutiger, birgt kaum die Gefahr, sich zu verlaufen.

Der Verwundete lüchelt, sobald sein schmerzüberzucktes Gesicht für einen Augenblick es erlaubt. Er sagt nichts, er ist selig. Hier draußen lücheln nur noch Verwundete, sie sind die Benedeten, sie sagen kein Wort, aber sie sehen das Lazarett vor sich: ein weißes Bett, ein trockenes Bett, ein heiles Dach über dem Kopf, eine saubere Tasse, eine Schüssel, aus der es dampft.

Sie stolpern zu dritt in eine sich lüchende Finsternis hinaus.

13.

Drei Dinge von Wichtigkeit haben sich ereignet.

Der Regimentsarzt Nohl ist in Urlaub gegangen und kehrt nicht zurück. Er liegt als toter Mann in der Heimat.

Der Oberarzt Lipp ist zum Stabsarzt befördert und bald darauf zum stellvertretenden Regimentsarzt ernannt worden.

Und drittens taucht Lipp eines Tages auf dem Verbandplatz auf, zum fluchenden Entsetzen aller Krankenträger. Er will nicht bloß inspizieren, er will den ärztlichen Dienst für eine Woche übernehmen.

Die Pflichten des Regimentsarztes, die plötzliche, engere Verbindung mit dem Kommandeur scheinen ihm so zuzusetzen, daß er aus Fournes flieht. Er beordert für die dortigen Geschäfte einen Bataillonsarzt.

Mit seiner galligen Miene, den Raubvogelaugen, dem schwarzen Spitzbärtchen, das vom bleichen Gesicht wegsticht, durchschnuppert er die Mannschaftslöcher.

Der diensthabende Unteroffizier windet sich innerlich, weil überall Dreck und Unordnung sich häufen — man ist auf den Besuch nicht gefaßt gewesen, wann geht schon ein Sanitätsoffizier durch die Räume seiner Leute? — Aber Lipp beanstandet nichts. Was er erspäßt, ist eine offene Schachtel mit Zigaretten. (Fortsetzung folgt.)



# Empörendes Kinderelend.

Eine Zeitung der bedeutenden polnischen Industriestadt Lodz bringt eine Schilderung des scheußlichen Lebens, das obdachlose Kinder in diesem Winter dort verbringen. Die Nacht hinter Zäunen, auf Treppen, in Kellern, auf menschenleeren Plätzen und unter Torbögen ist nichts Außergewöhnliches. Die Kälte treibt die Kinder aber zu anderen Schlupfwinkeln und dazu suchen sie sich ein in der Nähe von Lodz gelegenes Feld aus, auf dem der Pferde- und Kuhmist der ganzen Stadt abgelagert wird. Da der Mist ihnen Wärme gibt, vergraben sie sich bis an den Hals in diesem stinkenden Dreck, um so die Nacht zu verbringen. Andere suchen Hundehütten auf, in denen sie gemeinsam mit dem Hund, dessen Gunst sie durch phantastische Knochengeschenke erworben haben, die Nacht über hausen. Die „bessere Schicht“ unter ihnen hat sich am Ende der Straße Tramvajova eine alte hölzerne Hütte erbaut, in der ungefähr 30 Knaben allnächtlich zusammenkommen und sich nur dadurch die Wärme erhalten, indem sie sich recht nahe zusammenlegen. Da sie jede Ritze verstopfen und die Hütte nie reinigen, herrscht in diesem Raum ein infernalischer Gestank. Bezeichnender Weise weigern sich die Kinder, diese Lebensweise aufzugeben, und betrachten jeden Menschen, der sie aus diesem Elend herausbringen wollte, als Feind. Sie gewöhnten sich zu sehr an dieses Leben, stehen in

enger Verbindung mit Verbrechern und Prostituierten und werden so zu künftigen Dieben und Räubern.

Während das verlästerte Rußland mit Erfolg große Anstrengungen gegen das im Kriege und der Revolution entstandene Kinderbanditentum machte, entstehen in den „Kultur“-Staaten allerchristlichster Art Schwärme von vagierenden Kindern, die um ihr Leben von gewissenlosen Ausbeutern betrogen wurden.

Ein anderes Bild aus der Elendsstatistik zeigt die Obdachlosigkeit in Warschau. Dort wurden am 1. Januar in den städtischen Obdachlosenasylen 4552 Familien, aus 19631 Personen bestehend, gezählt. Im vergangenen Jahr zur gleichen Zeit waren es nur 3817 mit 15745 Personen. Die städtischen Asyle bestehen aus 205 Gebäuden, die 79 Säle und 3562 Einzelwohnungen haben. (Presservo-Warschau.)

Die traditionellen Polenhetzer in Deutschland werden solche Elendsberichte mit Behagen in die Rubrik „Polnische Wirtschaft“ einordnen. Daß die Lage zahlreicher deutscher Kinder längst die gleiche ist, daß andere auf dem besten Wege dahin sind, wissen sie nicht, weil sie nie in die Elendsquartiere der jahrelang Erwerbslosen kommen, oder sie wollen es nicht wissen, weil sie in bezug auf die Beseitigung dieses Unrechts das Entscheidende nicht tun wollen.

einer „Auflockerung“ der Lohnordnung will der Zechenverband im Endzweck ja doch nur eine weitere Senkung der Löhne herbeiführen. Dieses Vorhaben wird den allerschärfsten Widerstand der Bergarbeiterorganisationen und der öffentlichen Meinung finden. Eine weitere Lohnsenkung bedeutet eine unerträgliche Steigerung des Elends und der Not in den Bergarbeiterfamilien, die vor allem durch die zahlreichen Feierschichten bedingt ist.“

## Feiertagsgesetz außerhalb der Grenzen der Alpen Montangesellschaft.

Der österreichische Nationalrat hat (am 27. Januar 1933) ein Gesetz beschlossen, wonach eine Reihe kirchlicher Feiertage als Ruhetage in den Betrieben gefeiert werden müssen.

Das Gesetz bedeutet einen Sieg der Kirche, die der Arbeiterschaft das Halten kirchlicher Feiertage aufzwingt. Die Leidtragenden sind die Arbeiter, denen an diesen Feiertagen der Lohn entgeht. Denn die Sozialdemokraten vermochten nicht durchzusetzen, daß der auf den Feiertag entfallende Lohn bezahlt wird.

Aber wo bleibt die Allgemeingültigkeit des Gesetzes, wenn die Interessen der Kirche und der Alpen Montangesellschaft auseinandergehen?

Die 6 Abgeordneten des Heimatblocks, die Vertreter der Alpen, verlangen einfach für den Bergbau eine Ausnahme von dem Feiertagsgesetz. Das ist die Bedingung, unter der durch ihre Stimmen das Gesetz zustandekommt. Für den Bergbau gilt das Feiertagsgesetz nicht!

Ebenso schandbar ist der zweite Sieg der Alpen über ihre Arbeiterschaft. Es besteht in Oesterreich ein Feiertagsgesetz, wonach Bäcker und Bergarbeiter Sonntags arbeiten, sie dafür höher entlohnt werden müssen als für Wochenarbeit. Also müßte auch die Arbeit an den neuen Feiertagen im Bergbau höher bezahlt werden. Aber die Heimatblöcker beantragten und die Bürgerlichen beschlossen, daß die Bestimmungen über Sonntagsarbeit auf die neuen Feiertage keine Anwendung finden.

## Streik und Dementis in Rumänien

Zu den Meldungen über Streiks in Rumänien teilt die Gesandtschaft u. a. mit: „Im ganzen Lande herrscht vollkommene Ruhe und Ordnung.“

In der Kammer forderte Ministerpräsident Vajda die Ermächtigung zur Verhängung des Belagerungszustandes über Bukarest, Ploesti und notfalls andere Gebiete. Der Jahrgang 1909 hat teilweise Einberufungsbefehl erhalten, um die durch „starke Beurlaubung geschwächten Truppenbestände aufzufüllen“.

Die großen Streiks sollen, wie die Regierung festgestellt haben will, „von hauptsächlich ausländischen Agenten und Provokateuren und mit fremdem Golde kräftig geschürt“ worden sein!!

Nach einer erregten Kammer Sitzung ist am Freitag abend der Regierungsantrag mit 200 gegen 40 Stimmen angenommen worden, wonach die Regierung berechtigt ist, jederzeit mit sofortiger Wirkung den Belagerungszustand zu verhängen.

## Irische Eisenbahner im Kampf.

Aus Dublin wird gemeldet: „Streikende Eisenbahner im irischen Freistaat rissen die Gleise der Eisenbahnlinie von Dublin nach Belfast auf einer Strecke von 20 Metern zwischen Strabane und Derry auf. Der Anschlag wurde jedoch rechtzeitig entdeckt. Alle noch verkehrenden Omnibusse werden jetzt von Panzerwagen begleitet. Die wichtigen Eisenbahnknotenpunkte und Brückenköpfe sind von Truppen mit Maschinengewehren besetzt.“

Die Schlichtungsverhandlungen zwischen den Eisenbahngesellschaften und den Gewerkschaften sind gescheitert, da die Eisenbahngesellschaften sich weigern, von der beabsichtigten Lohnkürzung von 10 Prozent abzugehen.“

## Christlicher Bergarbeiterverband zur Tarifkündigung im Ruhrbergbau.

Der Christliche Bergarbeiterverband nimmt in einer längeren Erklärung zu der erfolgten Kündigung des Rahmentarif und der Lohnordnung im Ruhrbergbau durch den Zechenverband Stellung. In der Erklärung heißt es u. a.: „Aus wirtschaftlichen Notwendigkeiten ist die Kündigung der Lohnordnung nicht zu erklären. Aus sozialen Gründen ist eine Kürzung der Löhne völlig undiskutabel, denn mit

# Grundsätze der 40-Stundenkonvention.

(IGB.) Nachdem in der in Genf abgehaltenen Vorbereitenden Technischen Konferenz (VTK der Gedanke der Einführung der 40-Stunden-Woche unter Berücksichtigung der „Erhaltung des Lebensstandards der Arbeitnehmer“ gesiegt hatte, mußten vor dem offiziellen Abschluß der Tagung noch die Grundsätze der neuen Konvention festgelegt werden, so daß die im Mai tagende Internationale Arbeitskonferenz auf allen Gebieten eindeutige Richtlinien vorfindet.

### Die Laufzeit der Konvention.

In dieser Frage stimmten die Arbeitervvertreter dafür, daß die Konvention in kurzen Zeitabständen — gedacht ist an 5 Jahre — revidierbar sein soll. Obgleich die Arbeitervvertreter für einen möglichst langfristigen Abschluß ähnlicher Konventionen eintreten, so war hier doch maßgebend für die Zustimmung zur Kurzfristigkeit, daß die Entwicklung in Richtung Verkürzung der Arbeitszeit schnell weiter fortgeschritten kann. Denn während der Stockholmer Kongreß des IGB im Jahre 1930 die 44-Stunden-Woche forderte, beschloß 1931 bereits die gemeinsame Kommission des IGB und der Sozialistischen Arbeiter-Internationale zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die 40-Stunden-Woche zu fordern.

### Zur Frage der Ueberstunden

wurde beschlossen: Die Zahl der Ueberstunden muß begrenzt werden, wobei von dem logischen Grundsatz auszugehen ist, daß in der Konvention „alle Methoden Berücksichtigung finden können, um die Arbeitszeit unter strikter Einhaltung der durch die Konvention gezogenen Grenzen einzurichten“.

In bezug auf den Geltungsbereich der Konvention hat die Arbeitergruppe dagegen protestiert, „daß bei der Behandlung der Frage der Verkürzung der Arbeitszeit die Landwirtschaft von vornherein ausgeschlossen wurde“. In dieser Entschließung wird auch verlangt, daß das Internationale Arbeitsamt ersucht werden soll, „unverzüglich eine Untersuchung über die Arbeitszeit in der Landwirtschaft einzuleiten mit dem Ziel, sobald wie irgend möglich ein internationales Uebereinkommen über die Regelung und Kürzung der Arbeitszeit in der Landwirtschaft herbeizuführen“. Diese Erhebung wurde von der VTK befürwortet. Weitere Bestrebungen gingen in der Richtung der Erfassung aller — auch der kleinsten — Betriebe.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH Berlin SW 19, Inselstr. 8a. Tel.: P 7 Jannowitz 5009 Druck: A. Janiszewski Buchdruckerei und Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29

**Herde Oefen / Gaskocher**  
niemals besser und nirgends billiger als bei  
**C. F. W. Lademann Söhne**  
Berlin SW 19, Wallstr. 84/85  
U-Bhf. Inselbrücke

**Nähmaschinen**  
Reparaturen / Reinigung  
Ersatzteile  
gut schnell billig  
**EUGEN GEHM**  
Frankfurt a. M., Riederwall  
Eisenplatz 12

**Seifen Wirtschaftsartikel**  
gut und preiswert  
**Otto Scaruppe**  
Berlin-Reinickendorf-Ost, Wilkestr. 1

**Pflanzen-Butter**  
(vegetabile Margarine)  
garantiert reine Nuß-Fette

Sonder-Angebot:  
Post-Päckchen 3 Pfd. netto  
nur 2,20 RM. Frei Haus  
gegen Voreinsendung auf  
Postcheck Magdeburg 179 24.

**Frischkost-Reformhaus**  
**Ernst Held, Magdeburg**  
Otto v. Guerickestraße 104.

**Feinbesohl-Anstalt**  
und Schuhfärberei  
**HANS SACHS**  
Berlin SW / Dresdener Straße 111  
garantiert für erstklassige Arbeit

Kauft preiswert und in bester Qualität  
**Vollwertnahrungsmittel**  
vom Reformhaus  
**Gesundheitsquelle**  
Berlin / Köpenicker Str. 96 / Ecke Insel- und Neue Jakobstr.

**LIGA FÜR MUTTERSCHUTZ**  
und soziale Familienhygiene  
(Bund für bewußte Geburtenregelung e. V.)  
Sitz Berlin C 2, Breite Str. 7  
Die größte sozialistische Organisation für Sexualreform  
u. Geburtenregelung. Medizinische u. juristische Beratung  
Sexual- und Eheberatungsstellen an vielen Orten im Reich.  
**Die Sexualberatungsstelle, Breite Straße 7**  
Leitung: Dr. Levy-Lenz,  
ist Montags und Mittwochs nachmittags von 3-5 Uhr  
geöffnet. Gebühr 50 Pf. Schriftliche Beratung erfolgt  
gegen Voreinsendung des Rückporto.  
Neu angegliedert:  
**Säuglings- und Kinderberatung**  
Leitung: Dr. Martin Wolf,  
Freitags von 4-5 Uhr.  
**„Liebe und Leben“**  
das reich illust. Blatt für Sexualaufklärung  
Probenummer kostenlos

**Fahrräder** **zuspät+**  
Bereitung  
Ersatzteile  
Reparaturen  
billig, billiger  
**Richard Kuhl**  
Berlin S14  
Stallschreiberstr. 63

**Freunde und Leser**  
des „**FUNKEN**“  
Berücksichtigt bei Ein-  
käufen unsere Inserenten!  
**Bürobedarfsartikel**  
Reparaturen und Reinigung  
von Schreibmaschinen  
**A. H. Timmermann**  
Hamburg 85, Luisenweg 61 III.

**Röstkaffee**  
per Pfund 2,—, 2,40, 2,80, 3,20 Mark.  
Lieferung ab 8 Pfund frei Haus.  
Nachnahme oder Vorkasse auf Post-  
scheckkonto: Hamburg 71108.  
**Robert Ziegler, Kaffee-Versand**  
Hamburg 88 / Heidhörs 42.

**HAMBURG**  
**Kollektiv**  
Hamburger Schauspieler  
spielt am:  
Freitag, 3.; Sonnabend, 4.;  
u. Sonntag, 5. Febr., 20 Uhr  
**„Dem Nagel auf den Kopf“**  
Der große Erfolg  
im Volkshaus Hammerbrook, Sachsenstr. 21.  
Preise: 60 Pf., Erwerbslose 30 Pf., Sonntags 40 Pf.

**BERLIN**  
**DIE KAMERA**  
Unter den Linden 14 - A1 Jäger 2987  
Seit 3. Februar  
**Charlie Chaplin in**  
**Lichter der Großstadt**  
Außerdem die Polizeigröteske:  
**„P.ffe in der Nacht“**  
mit Elsa Lanchester, dem weiblichen Chaplin.  
Anfangszeiten: 18, 19 und 21 Uhr

**Erstklassige Maßarbeit**  
Herren - Anzüge  
Mäntel  
Damen - Kostüme  
fadelloser Sitz  
**Schönheit**  
**MAUDEBURG**  
Johannisbergstr.  
10, III  
Stoffmuster  
vorfällig

**Werbeprospekte**  
**Zeitungen**  
**Zeitschriften**  
bei billigster Preisberechnung druckt  
**A. Janiszewski**  
Buchdruckerei und Verlag, GmbH  
Berlin SO 36, Elisabethufer 28, Fernruf: Sammelnummer P1 Moritzplatz 5471

## Krieg den imperialistischen Kriegen!

# Vox clamantis.

Betrachtungen über den Krieg und anderes  
von **Ku Hung-ming**.

107 Seiten. Brochiert 1,20 Mark.

**Inhalts-Uebersicht:** Die christlichen Kirchen und der Krieg. — Die moderne Erziehung und der Krieg. — Die modernen Zeitungen und der Krieg. — Japans Rechtfertigung. — Ehre oder Interesse? — Amerikanische Mentalität. — Stunden mit Konfusius. — Und anderes.

Zu vielen Fragen, die für einen sozialistischen Kriegsgegner wichtig sind, findet man eine Antwort in diesem Buch des chinesischen Gelehrten und guten Europa-Kenners.

**Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin SW 19, Inselstraße 8a.**  
Postcheckkonto Berlin 818 42.

# Sozialistengesetz auf dem Marsche.

Oeffentliche ISK-Versammlung polizeilich aufgelöst.

H. P. Am Freitag veranstaltete der Berliner Ortsverein des ISK im Rosenthaler Hof eine öffentliche Versammlung, in der Hellmut Rauschenplat und Gustav Heckmann über die Gefahren der heutigen politischen Lage, wie sie mit dem Worten des Themas „Terror — Inflation — Krieg“ bezeichnet wurden, sprachen. Ein starkes Polizeiaufgebot hielt sich in den Nebenräumen bereit. Am Eingang wurden die Teilnehmer nach Waffen durchsucht. Zwei Polizeibeamte nahmen Platz, um die Regierung in Schutz zu nehmen, falls etwa die Ausführungen der Redner ergeben sollten, daß die Regierung mit Terror, Inflation oder Krieg in Verbindung gebracht würde.

Unter solchen Verhältnissen, die kaum noch eindringlicher die beschämende Lage der deutschen Arbeiterschaft zeigen können, entledigten sich die beiden Genossen mit schlagenden Argumenten vor der überfüllten Versammlung ihrer Aufgabe, auszusprechen, was ist und was getan werden soll.

Rauschenplat zeigte, welche Methoden der Krisenüberwindung wir von der heutigen Regierung zu erwarten haben. Er ging dabei — außer auf Krieg und Arbeitsdienst — auch auf die Methode der Inflation ein, die sich deshalb für viele Kapitalisten besonders empfehle, weil durch sie Real-löhne rasch gesenkt und gleichzeitig Schulden abgeschüttelt werden könnten. Wenn Hugenberg als Wirtschaftsdiaktor Großagrarien und Schwerindustrielle befriedigen wolle, so käme z. B. dieser Weg in Frage.

An dieser Stelle verwartete der Polizeibeamte den Redner zum ersten Mal und drohte im Wiederholungsfall mit sofortiger Auflösung der Versammlung. Es folgte folgendes Zwiesgespräch: „Wegen welcher Behauptung warnen Sie mich?“ Polizist: „Das geht mich allein an!“ Darauf der Redner: „Wenn Sie mir nicht sagen, warum Sie mich warnen haben, so kann ich es nicht vermeiden, dieselbe Äußerung zu wiederholen.“ Der dadurch etwas in Bedrängnis geratene Polizist verstand sich schließlich dazu, dem Redner

den Grund der Verwarnung ins Ohr zu flüstern!

Fortfahrend lobte der Redner ausgiebig den Reichsbankpräsidenten L u t h e r, der zwar nicht sein Parteigenosse sei, aber zur Zeit wirklich der „Grals Hüter der Währung“. Was die Arbeiterschaft zu erwarten habe, könne man bereits deutlich sehen an den Plänen, das Arbeitsministerium zu zerschlagen, an Hugenberg's Plänen zu Gunsten der Großagrarien. Die Regierung werde gewiß die Parole der „Berliner Börsen-Zeitung“ verfolgen: „Den Ausweg des Kompromisses kann sich das deutsche Volk auf dem Gebiete der Wirtschaft nicht mehr leisten.“

Der zweite Redner zeigte, wie dringend heute die Einheitsfront der Arbeiterklasse ist und wie notwendig es ist, die Führer der Arbeiterparteien und der Gewerkschaften aus den Kreisen der Mitgliedschaft unablässig zu bestürmen und sie zur Rede zu stellen, warum nichts unternommen würde, die dringende Aufgabe eines Zusammengehens aller Arbeiterorganisationen zum Zwecke der Verteidigung zu lösen. Hier zeigt sich eine klare Aufgabe für jeden organisierten Arbeiter.

In der Diskussion sprach ein kommunistischer Genosse, der leider die Warnungen des Versammlungsleiters nicht beachtete und, zwar nur andeutungsweise, von Maßnahmen der Arbeiterschaft sprach, die dem Polizisten den Grund lieferten, die Versammlung mit einem Faustschlag auf den Tisch aufzulösen:

Wenn die Arbeiterschaft sich überhaupt noch die Möglichkeit verschaffen will, gemeinsam zu diskutieren, dann muß an die Redner und auch an die Versammlungsbesucher die Anforderung höchster Disziplin gestellt werden. Es kommt nichts

# Der Schlag gegen die Opposition.

Brüskierung der linken Presse und Parteien.

Zur Mundtotmachung der linken Arbeiterschaft wird der ganze Eifer einer zaristischen Maulwurfsarbeit mobil gemacht. Hausdurchsuchungen und Beschlagnahme „hochverräterischen Materials“, und zwar „tonnenweise“ aus Häusern, die „keiner bewohnt“, ohne eine Angabe, was für eine Schrift da eigentlich beschlagnahmt worden ist, die „Vermutung“ einer Geheimdruckerei, die im „letzten Augenblick beiseitegeschafft“ wurde: Karl May-Bericht aus Erfurt.

In Braunschweig Hausdurchsuchungen bei 62 Kommunisten: „Sichergestelltes umfangreiches Material“. Die Polizei prüft. In Kiel Durchsuchung der kommunistischen Parteilräume und der Wohnungen der Funktionäre: Beschlagnahme von Material.

In Flensburg ähnliche Tätigkeit der Polizei. Papierbeschlagnahme.

In Köln ist die Polizei auf ganz schwerwiegende Tatbestände gestoßen: Das Partebüro der KP war teilweise geräumt und das Büromaterial bei Privatpersonen sichergestellt. Die „leitenden Funktionäre halten sich offenbar verborgen“, hat der Polizist ermittelt. „Das weggenommene Schriftmaterial hat „zum Teil hochverräterischen Inhalt“ gehabt.

In Wuppertal wurden bei der Aktion gegen die Kommunisten „Material und drei Schußwaffen beschlagnahmt“.

In Berlin Durchsuchung des Hauses der Roten Gewerkschafts-Opposition in der Münzstraße. Auch die Geschäftsräume der „Kampfgenossenschaft für Rote Sporteinheit“ wurden durchsucht. Das beschlagnahmte Material wird geprüft.

Hausdurchsuchungen bei der KP in Frankfurt an 23 Stellen gleichzeitig führten zur Beschlagnahme von Drucksachen und Akten.

Die polizeiliche Kommunistenjagd (Durchsuchung kommunistischer Geschäftsstellen) hat auch in Mitteldeutschland stattgefunden, so beim „Klassenkampf“ in Halle.

Die geplante kommunistische Veranstaltung auf dem Lübecker Torfeld in Hamburg ist verboten worden.

Wir berichteten gestern über die gelungene Demonstration der Arbeitereinheit in Offenbach. Bis auf weiteres sind für das Gebiet dieser Stadt alle Versammlungen und Demonstrationen unter freiem Himmel verboten; schwere Ausschreitungen politischer Gegner sollen der Grund sein.

Nach dieser beleidigenden Inspizierung eines Teils der deutschen „Volkegenossen“, der sich um die Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung nicht entfernt so verdient gemacht hat wie die braune Partei, und der sich von dieser Partei nur dadurch unterscheidet, daß seine Störungen im allgemeinen Ausbrüche anständiger Empörung sind, während die der anderen Gruppe in der Regel Landsknechtsstrieche

sind — nach diesem geradezu erbärmlichen Ergebnis, das man bei der Durchsuchung

jedes beliebigen Vereins hervorrufen könnte, dem man Papier wegnimmt und dann berichtet, es sei Material, kommt nun eine besondere Bombe, wie nach Maß hergestellt, auf den Tisch der Rechtspresse und der Hausdurchsucher gelegt, und zwar frisch aus Moskau gemeldet: Danach „hat das westeuropäische Büro der Komintern im Zusammenhang mit den letzten Maßnahmen der Reichsregierung gegen die KPD der Partei neue Richtlinien gegeben. Danach soll die Arbeit der KPD sich hauptsächlich auf illegale Tätigkeit erstrecken. Die Leitung der KPD wird einem geheimen Kampfkomitee aus drei Personen übertragen, dem die offizielle Parteilitung unterstellt wird. Dieses geheime Komitee soll vor allen Dingen verhindern, daß die Schlagkraft der KPD durch die Maßnahmen der Reichsregierung leidet“. So meldet „Telegraphen-Union“.

## „Vorwärts“-Verbot.

Gleichsam um zu beweisen, daß sie zwischen Links und ganz Links keinen Unterschied macht, hat die Reichsregierung den „Vorwärts“ auf drei Tage verboten, und zwar deshalb, weil er sich des Verbrechens schuldig gemacht, einen Wahlauftrag der SPD zu veröffentlichen, der solche Sätze enthält:

„Gegen solche Pläne rufen wir euch zum Kampf! Wehrt euch. Schützt euer Selbstbestimmungsrecht als Staatsbürger. Erhebt euch gegen eure Bedränger, gegen die feinen Leute, die hauchdünne Oberschicht des Großkapitals! Zerschlagt ihre politische und wirtschaftliche Macht!“

Kämpft darum mit uns für die Enteignung des Großgrundbesitzes und die Aufteilung des Landes an Bauern und Landarbeiter! Kämpft mit uns für die Enteignung der Schwerindustrie, für den Aufbau einer sozialistischen Plan- und Bedarfswirtschaft!“

Durch diese Ausführungen wird im Zusammenhang mit dem Inhalt der Ausführungen des gesamten Aufrufs der Tatbestand des § 85 RStGB in Verbindung des § 81 Ziffer 2 RStGB erfüllt“, sagt Herr Meißner, also das Verbrechen des Hochverrats begangen.

Mit der gleichen Begründung wie der „Vorwärts“ sind zwei Thüringer SP-Zeitungen verboten worden: Die in Jena erscheinende Zeitung „Das Volk“ vom 4. bis 13. Februar und die in Gera erscheinende „Ostthüringische Tribune“ für 14 Tage.

Die Morgenausgabe der „Roten Fahne“ vom 4. Februar ist polizeilich beschlagnahmt worden.

Die kommunistische „Arbeiter-Zeitung“ in Frankfurt am Main wurde für 14 Tage verboten. Begründung fehlt.

unnötige Versammlungsstörungen hervor und sind ihrer Wirkung schädlich. Die Arbeiterschaft muß in aller Eile sich besinnen und alte erprobte Methoden und den Blick auf die entscheidenden politischen Faktoren richten; deren eine und wichtigste die Herstellung einer einigten Arbeiterschaft ist.

## Arbeiterblut kettet die Einheitsfront.

Wir bringen hier einen kurzen Augenzeugenbericht über den scheußlichen Mordüberfall der Nazis auf den Wittener Demonstrationszug:

Etwa 800 Arbeiter (Sozialdemokraten, Kommunisten, Gewerkschafter und Reichsbannerkameraden) demonstrierten am 2. Februar in Witten gegen den Faschismus. Dem Demonstrationszug, der in den Straßen lautes und zustimmendes Echo fand, waren behördlicherseits reichlich Schwierigkeiten gemacht worden; eine parteipolitisch völlig unabhängige Musikkapelle war ihnen von der Polizei mit der Begründung verboten worden, sie gehöre zur KP; als der Zug sich im Verlauf seines Weges dem Naziverkehrslokal in der Poststraße näherte, wurde die Musik überhaupt verboten, nur die Arbeiterkampflieder waren zu hören.

Das Verkehrslokal der Nazis lag im Dunkeln; der Toreingang war von SS besetzt.

Der Demonstrationszug war bereits in voller Ruhe zu drei Vierteln an dem Hause vorbei, als er aus dem Toreingang beschossen wurde, und zwar direkt in die Menschenmasse hinein, unter der natürlich eine Panik entstand: Vier schwerverletzte und drei leichtverletzte Arbeiter wälzten sich in ihrem Blut. Ein fünfzehnjähriger Junge ist am 4. Februar morgens seinen Verletzungen erlegen.

Die Polizei muß die SS im Torweg gesehen haben, da alle andern Leute sie auch sahen.

Die Polizei mußte auch gehört haben, daß die Schüsse aus diesem Torweg fielen. Was tat sie? Sie drängte den Zug in eine andere Straße, untersuchte weder das braune Haus nach Waffen, noch verhaftete sie die Leute aus dem Toreingang.

Die Empörung der Arbeiterschaft läßt sich ermaßen, wenn man hört, daß ein Teilnehmer gesagt hat: „Dieses Mörderhaus hätte dem Erdboden gleichgemacht werden müssen!“

Die von der Deutschen Liga für Menschenrechte auf Freitag einberufene Versammlung gegen die Kulturreaktion wurde unmittelbar vor Beginn verboten mit der „Begründung“, es sei anzunehmen, daß die vorgesehene Rede von Oesietzky bei politisch Anderdenkenden Anstoß erregen würde und mit tätlichen Ausschreitungen gerechnet werden mußte.

Mit dieser farnosen Begründung könnte man auch Hitler das Reden verbieten, der bei vielen Anderdenkenden nicht nur im Reden Anstoß erregt. Ein Aergernis, das nur deshalb nicht fortwährend zu Tötlichkeiten ausartet, weil die Polizei hier ihre Pflicht tut, was sie bei der Versammlung der Liga für Menschenrechte grüßlich unterlassen hat.

Wie die Liga mittelt, erhebt sie gegen den Fiskus Schadenersatzansprüche. Ein Verbot ist ihr überhaupt nicht zugestimmt worden, obwohl die Versammlung mindestens seit acht Tagen der Polizei bekannt sein mußte.

# Wo gibt es eine Mordorganisation?

Hitler hat am Donnerstag an die SA und SS einen Auftrag gerichtet, in dem es heißt:

„Die kommunistische Mordorganisation hetzt seit Tagen in unverantwortlicher Weise gegen die nationale Erhebung. Niemand verliere die Nerven! Haltet Ruhe und Disziplin! Laßt euch nicht durch Spitzel und Provokateure an der Befolgung dieses meines Befehls irremachen. Die Stunde der Niederbrechung dieses Terrors kommt.“

## Zu dem Thema: „Mordorganisation“

Erinnern wir an ein paar Tatsachen, die der Schweidnitzer Sondergerichtsprozeß Anfang November über das Attentat auf den sozialdemokratischen Redakteur Paeschke zu Tage gefördert hat. Einer der Anstifter des Attentats, der SA-Oberführer v o n O b e r n i t z, übermittelte von München aus einem SA-Mann, der das Attentat mit ausgeführt hatte, Grüße Hitlers und versicherte ihn der Treue seiner Kameraden. Der Vorsitzende des Prozesses nach Vorlesen des Briefes: „Dieser Brief aus München läßt keinen Zweifel daran, daß die Führer Ihre Tat billigten.“

Aehnliches ist der kommunistischen Partei niemals nachgewiesen worden.

Auch ist ihr niemals nachgewiesen worden eine Mordhetze, wie sie ein noch amtierender Ministerpräsident folgendermaßen trieb: „Die Burschen werden noch was erleben, wenn Hitler an der Macht ist. ... Ich garantiere diesen Schweinehunden, daß sie gehängt werden, und wir werden sie so lange hängen lassen, bis die Krähen sie gefressen haben.“ (Der oldenburgische Nazi-Ministerpräsident Röver in einer Kasseler Versammlung während des Juli-Wahlkampfes 1932.)

## Zu dem Thema: „Rotmord-Lüge“

teilen wir folgendes Material ohne Anspruch auf Vollständigkeit mit.

1. P g. M o h r, beerdigt Ende 1931 im Beisein des Prinzen August Wilhelm. In einem Neujahrsbefehl gedachte der Führer der hessischen NSDAP jenes Mohr als eines jener Gemordeten, bei deren Gedanken die Nationalsozialisten sich bewußt sein mußten, daß es Heroen seien, denen es nachzueifern gelte. Es wurde später durch kreisärztliche Gutachten festgestellt, daß Mohr an einem Herzschlag gestorben war, nachdem er betrunken vom Rade gestürzt war.

2. Sturmführer Brinkmann (Osnabrück). „Nachts wurde ... Brinkmann mit einem schweren Bauchschuß von einem Polizeibeamten aufgefunden. ... Es handelt sich bei dem Ueberfallenen um einen nationalsozialistischen Sturmführer, der nunmehr zum vierten Mal das Opfer eines Ueberfalls geworden ist.“ („Weser-Zeitung“ vom 5. Dezember 1931.)

— „B r i n k m a n n habe dann seinen Revolver genommen und damit gegen den Fensterrahmen geklopft. Dabei habe sich der Schuß gelöst, der Brinkmann in den Bauch traf. ... Durch dieses Geständnis seiner Begleiterin überführt, gab der Schwerverletzte den oben geschilderten Sachverhalt zu.“ (Nach den polizeilichen Ermittlungen.)

3. SA-Mann R a s k i n, erschossen am 29. Juli 1932. Schlagzeile des „Angriff“: „Ein SA-Mann in Aachen ermordet. ... Adolf Hitler gegen den roten Brudermord.“ Nach den polizeilichen Ermittlungen ist Raskin von einem SA-Mann, der einer Klebekolonie, in der Raskin sich befand, „zum Schutze“ folgte und in dem „ihm unbekanntem“ Raskin offenbar (?) einen Parteigegner vermutete, erschossen worden.

4. SS-Mann J a c h n k e, in der Nacht zum 9. August 1932 zerrissen von einem Sprengkörper, den er auf den sozialdemokratischen Redakteur Paeschke in Reichenbach (Schlesien) hatte werfen wollen. Unter dicken Schlagzeilen: „Scheußlicher Mord an einem SS-Mann“ berichtete der „Angriff“ auf der ersten Seite: „Der Mord ist von Angehörigen des Reichsbanners und von Kommunisten in trautem Verein ausgeübt worden. ... Unter diesen befand sich der Schriftleiter des dortigen Marxistenorgans ... Paeschke.“

5. SA-Mann G a t s c h k e, erschossen in der Nacht zum 9. August 1932 in der Röntgenstraße in Charlottenburg. Hitler ließ sich am offenen Grabe photographieren. Neun Kommunisten wurden wegen dieses Falles angeklagt, vier von ihnen auf Todesstrafe. Freispruch aller neun. Der Prozeß erwies mit ziemlicher Sicherheit, daß Gatschke von seinen Kameraden bei einem wüsten Feuerüberfall auf Kommunisten erschossen worden ist. Kernerlei Anklage gegen diese Nazis! Maikowski, der Sturmführer Gatschkes, forderte während des Prozesses im „Angriff“ Rache für Gatschke. Damals wurde Maikowski steckbrieflich verfolgt, war aber für die Polizei „unauffindbar“.

6. „Hitler-Junge“ R a n g e schoß sich Ende September 1932 eine Kugel durch den Kopf, weil er sich einem Unterschlagungsversuch innerhalb der Hitler-Jugend widersetzt hatte, dafür jedoch ausgeschlossen worden war. Der „Angriff“ schrieb: „Die Beerdigung des in Stettin von Kommunisten ermordeten Hitler-Jungen Range findet ...“ Der Führer des Jungsturms erklärte am offenen Grabe, daß die Nationalsozialisten nicht ruhen und rasten würden, bis der Meuchelmord gestühnt sei.

7. Der Fall des SA-Mannes H e n t s c h (Dresden), der Anfang November 1932 einem Fememord zum Opfer fiel, ist noch in aller Erinnerung. Der „Westdeutsche Beobachter“ schrieb: „Der jetzige Fund seiner Leiche dürfte zur Aufdeckung eines der schauerlichsten marxistischen Verbrechen des letzten Jahres führen.“



# Phantasien eines Marxisten über ein landwirtschaftliches Thema.

In Ergänzung unserer Ausführungen über das Buch von Gumperz über „Die Agrarkrise in den Vereinigten Staaten“ (in Nr. 295) muß noch ein Wort gesagt werden über den Marxismus des Verfassers. Das geschieht wohl am einfachsten im Anschluß an das erste Kapitel seines Buches: „Zur Theorie der kapitalistischen Agrarkrise“, das die Aufgabe hat, „das theoretische Schema deutlich zu machen, das das Gerüst für die Analyse der konkreten Agrarkrise in Amerika bildet“ (Seite VIII).

Wir wollen uns dabei auf das übliche marxistische Wortgeklingel nicht einlassen (was Gumperz unter „kapitalistischer Produktion“ versteht, haben wir nicht herausbekommen können; vermutlich versteht er auf verschiedenen Seiten etwas Verschiedenes darunter). Gefährlicher sind schon allgemeine Behauptungen wie diese: „Parallel mit dem Wachstum des Manufaktur-Kapitalismus in der Landwirtschaft läuft die Expropriation des Agrarproduzenten vom Grund und Boden.“ (Seite 22.) Ist es denn auch für diesen Marxisten ausgeschlossen, von Marx auch einmal etwas Richtiges zu lernen? Und er hat ja viel Richtiges gesagt, so zum Beispiel: „Die Expropriation des ländlichen Produzenten, des Bauern, von Grund und Boden bildet die Grundlage des ganzen Prozesses.“ („Kapital“, Band I, im Abschnitt: „Das Geheimnis der ursprünglichen Akkumulation.“)

Eindeutig falsch ist bei Gumperz die Anwendung seiner allgemeinen Behauptung auf England. Wir lesen mit wachsendem Erstaunen: „So hat z. B. die industrielle Revolution in England notwendig eine Krise in der Landwirtschaft nach sich gezogen . . . Es erfolgte demgemäß die Eliminierung (Beseitigung) selbständiger Bodenbesitzer entweder durch Abwanderung eines Teils der ländlichen Bevölkerung in die städtische Industrie oder durch Eingehen eines Arbeitsverhältnisses auf den größeren landwirtschaftlichen Gütern.“ (Seite 14/15.) — Der erste Satz mutet an wie ein Uebersetzungsfehler. Es war ja gerade umgekehrt: Erst kam die „Eliminierung selbständiger Bodenbesitzer“ und dann die „industrielle Revolution“ in England.

Marxens Worte werden ausgelegt wie Bibelworte. Man höre: „Je intensiver und extensiver der Prozeß der kapitalistischen Akkumulation auch in der Landwirtschaft stattfindet, desto entschiedener entsteht und breitet sich dort auch ein ländliches Proletariat aus, dessen Schicksal durch die Wechselfälle des Akkumulationsprozesses bestimmt wird.“ (Seite 26/27.) — Wo findet eine solche Akkumulation statt? Weder bei Mister Campbell in Montana noch bei Herrn von X in Ostpreußen!

Völlig ausgedacht ist auch eine Behauptung wie die, daß „die Ablösung der aufgenommenen (landwirtschaftlichen) Kredite in Perioden allgemeiner Preisdeflation zu erfolgen pflegt“ (Seite 26). Dafür gibt es unseres Erachtens in der Landwirtschaft bei den in ihr meist langfristigen Krediten überhaupt keinen allgemein gültigen Grund; in einer in Deutschland erscheinenden Schrift macht dieses Produkt der Phantasie aber besonders deutlich, wohin das Denken in marxistischen Formeln führt; in Deutschland sind bekanntlich die Landwirte gerade in der Inflation ihre Schulden los geworden, und zwar billig!

Bisweilen werden von Gumperz auch richtige Behauptungen zu Tage gefördert. Aber mit welchem Aufwand! Da werden die Verhältnisse in den Austauschbeziehungen der Abteilungen I und II (des Marx'schen Schemas) bemüht; da wird die Bedeutung der landwirtschaftlich produzierten Rohstoffe „evolutionär gesehen“; da ist von Preisveränderung, Preisschwankungen und Fluktuationen die Rede, und schließlich wird geschlossen: „Aus diesem Grund beginnen in Perioden industrieller Krisen gewöhnlich die Preise für landwirtschaftliche Rohstoffe am frühesten zu sinken.“ Warum ein solcher Aufwand an Rüstzeug zu dieser einfachen Feststellung?

Uns scheint, das Handwerkszeug der marxistischen Forscher ist sehr reparaturbedürftig, und es ist nachgerade eine allzugroße Zumutung für ihre Leser, sich durch alle marxistischen Verschnörkelungen durchzufinden zu den Tatsachen. Das schlagendste Beispiel dafür, daß das auch einem anscheinend sehr kunstfertigen Anwender der dialektischen

Methode nicht gelingt, ist für uns besonders interessant. Es betrifft:

## Das Freiland in den USA.

Die Bedeutung der Tatsache, daß es bis zum Ende des 19. Jahrhunderts freies Land in den USA gab, wird von Gumperz nicht voll erkannt. Er schreibt zwar, daß die Jahrhundertwende einen Einschnitt in der Geschichte der USA bildet, weil mit ihr „praktisch mehr oder weniger der zur Verfügung stehende Vorrat an Freiland zu Ende“ geht (Seite 34.) Er meint: „Das Fehlen des Freilandes im 20. Jahrhundert ist zwar kein Schlüssel zum Verständnis seiner Entwicklung, aber doch ein wesentlicher Beitrag dazu.“ (Seite 32.) Doch über die Feststellung, daß die Bodenpreise zu steigen begannen, „kaum daß der Vorrat an Freiland zu Ende war“ (Seite 51), kommt Gumperz nicht hinaus.

Uns scheint, er hat gar nicht versucht, mit dem Schlüssel „Freiland-Bodensperre“ zu schließen. Er denkt nicht daran, ihn etwa anzuwenden zur Erklärung des heutigen Drucks der Schulden auf die Farmer (deren Schulden wären bei niedrigeren Bodenpreisen natürlich niedriger!), oder gar zur Erklärung der starken Einwanderung nach den USA (einer Folge der Bodensperre in Europa).

Und er fragt sich nicht, ob es denn „mit natürlichen Dingen“ zugeht, daß der Vorrat an Freiland gleichzeitig mit dem Vordringen der amerikanischen Farmer nach Osten auf der ganzen Erde so gut wie erschöpft ist.

Er schreibt zwar: „Die Klassenschichtung auf dem Lande wird immer ausgesprochener. Die Zeit des Freilandes und der homesteads (Heimstätten) ist endgültig vorbei.“ (Seite 137.) Er weiß also wohl, daß das Aufhören der Zeit des Freilandes und die Verschärfung der Klassenschichtung Ursache und Wirkung sind. Er unterläßt aber in einer Agrarfrage gewidmeten Untersuchung die Frage, warum die Zeit des Freilandes zu Ende ging, ob sie nicht auf der ganzen Erde noch andauern würde, wenn nicht politische Eingriffe — die Bodensperre — ihr ein Ende gesetzt hätten.

Das ist der entscheidende Vorwurf, den wir dem Verfasser machen müssen. Er wäre in den hier festgestellten Fehler nicht verfallen, wenn er die Tatsachen erforscht hätte, unbekümmert um angebliche Entwicklungsgesetze. Zur Erforschung der Tatsachen bietet gerade die USA reiches Material. Die marxistischen Formeln, die er im voraus im Kopf hatte, haben ihn gehindert, dieses Material auch nur voll zu sehen, geschweige denn, es zu verwerten. So wurde viel Aufwand nutzlos vertan.

Hellmut Rauschenplat.

## Wissenschaftliche Bedürfnislosigkeit.

Das im vorstehenden Aufsatz und in Nr. 295 des „Funken“ behandelte Buch von Gumperz wird im „Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“ (Heft 4, vom Januar 1932) folgendermaßen besprochen: „Sie kann sogar als eine der besten marxistischen Publikationen seit längerer Zeit angesprochen werden; nirgends hat man das Gefühl, daß die Erscheinungen in ein von außen an sie herangebrachtes Begriffsschema hineingezwängt werden, sondern vor den Augen des Lesers erschließt sich der Zusammenhang aus dem von theoretischen Fragen geleitetem Studium der Erscheinungen.“ — Und was lehrt das Studium der Erscheinung dieser Buchbesprechung? Rpt.

## USA

Farmer in der Zange: Die durchschnittlichen Preise der landwirtschaftlichen Produkte liegen um 46 Prozent unter denen von 1913. Der Index der industriellen Produkte steht auf 106. (Aus der Begründung zur „Farm Relief Bill“.)

Löhne gesunken, Dividenden gestiegen. Im September 1932 betragen die Löhne in den Industrieunternehmen nur 38 Prozent der Durchschnittslöhne von 1926. Die Summe der Zinsen und Dividendenzahlungen amerikanischer Gesellschaften waren aber 1932 um 55 Prozent höher als 1926. (Nach „The World tomorrow“.)

ganz erheblichen, uns heute fast märchenhaft anmutenden Aufwand staatlicher Mittel. Das deutsche Volk, zumal das Bauerntum, stand diesen staatlichen Maßnahmen zweifelnd oder gleichgültig gegenüber.“ (Seite 64.)

Das gilt auch für die Nachkriegszeit. „Das Siedlungswerk hatte seine entscheidenden Träger: die Bauern und Landarbeiter, noch nicht gefunden . . . Die Siedlungsbehörden, die ihrem Wesen und ihrer bisherigen Aufgabe nach noch zu einem guten Teil städtisch eingestellt waren, merkten erst allmählich, daß es sich bei den siedlungslustigen Städtern nicht um eine Bewegung, sondern um eine Talmi-(Schein-)Bewegung handelt.“ (Seite 58.) — „Die zweiten und dritten Bauernsöhne traten nicht so massenhaft auf, wie man sich das im allgemeinen vorstellt; bei den Klein- und Mittelbauern kamen sie nicht zum Zuge, und auf den großen Höfen gab es sie entweder gar nicht mehr oder sie verfügten nicht über das notwendige Kapital oder sie waren zu eingebildet, von 150 oder 80 Morgen auf 60 Morgen und womöglich noch nach dem zurückgebliebenen Osten zu gehen“ (ja: auf eine Kuhbauernstelle!). (Seite 60.)

## Neue Wege der Siedlungspraxis.

So lautet die Ueberschrift des interessantesten Abschnittes. Wir geben aus ihm einige Tatsachen wieder. Die Ansiedlung von 27 deutschen Familien aus dem Süden der Sowjet-Union auf dem Gute Suckwitz in Mecklenburg im Herbst 1930 wirkte als Beispiel für die weitere Siedlungsarbeit. Die Siedler arbeiteten dort selber am Umbau und Aufbau der Gebäude mit. Es gelang, den Zeitraum vom Beginn der Aufteilung bis zur endgültigen Abgabe der Siedlerstellen, der bis dahin im allgemeinen zwei bis drei Jahre betragen hatte, auf zweieinhalb Monate zu verkürzen. Die Siedlerstellen kosteten nur etwa 60 Prozent der sonst üblichen Preise. Die durchschnittlichen Kosten für Um- und Neubauten wurden auf 6 bis 7000 Mark gesenkt. (Neuerdings hat man sie bereits auf 3 bis 6000 Mark gedrückt.) In Suckwitz

# Gemüse und Obst. Deutsche Produktion stark steigerungs ählig.

Die Reichsforschungsstelle für landwirtschaftliches Marktwesen legt kurz vor ihrer Aufhebung in einer umfangreichen Arbeit ihre Untersuchungen über den deutschen Gemüse- und Obstmarkt vor: „Gemüse, Obst und Südfrüchte im deutschen Reich“, von Dr. L. Samuel (Verlag Parey, Berlin).

In dieser Untersuchung wird ein ziemlich vollständiger Ueberblick über die gegenwärtige Struktur des deutschen Gemüse- und Obstmarktes gewonnen. Da eine befriedigende Produktions-Statistik nicht vorliegt, wurde insbesondere bisher unbekanntes Material der Reichsbahn über die Empfangs- und Versandmengen in einzelnen Teilen des Reiches verwandt.

Aus seinen Untersuchungen zieht der Verfasser in vorsichtiger Weise folgende Schlußfolgerungen: Er hält bei dem gegenwärtigen Einfuhrüberschuß von 450 Millionen Mark eine Produktionssteigerung von 500 bis 750 Millionen Mark für durchaus möglich, und zwar teils durch Verdrängung der Einfuhr, teils durch Konsumsteigerung.

Demnach hätte der Gartenbau noch einen großen Spielraum in Deutschland. Er muß ihn freilich nur ausnutzen, wenn es gelingt, die Qualität des deutschen Obstes zu verbessern und bei Gemüse die Einlagerungs- und Konservierungsmethoden zu verbessern. Beides ist ohne Förderung des genossenschaftlichen Zusammenschlusses, für den nach Ansicht des Verfassers noch kaum Ansätze vorhanden sind, nicht möglich.

Denen, die meinen, es lohne sich ja nicht, besondere Mittel zur Förderung des deutschen Gartenbaues aufzuwenden, sei gesagt:

Die deutsche Obst- und Gemüseerzeugung steht mit einem Produktionswert von rund einer Milliarde Mark vor der deutschen Roheisenproduktion.

H. H.

## Reichsbanner fordert Siedlungsfreiheit.

In der Bundeszeitung des Reichsbanners wird in energischer Form Siedlungsfreiheit verlangt. Die Ausführungen schließen mit der nachstehenden Forderung:

„Der Großgrundbesitz ist von der Entwicklung zum Tode verurteilt. Die Reichsregierung sucht ihn zu halten und zieht nun den Bauern, der gesund, wenn auch arm, ist und dem die Zukunft gehört, mit in die Vernichtung hinein. Die deutschen Bauern haben sich lange nur allzu willig von den Wortführern der Agrarbankrotteure mitschleifen lassen. Werden sie jetzt erkennen, daß sie den Interessen des Großgrundbesitzes geopfert worden sind, daß der Junker sterben muß, wenn der Bauer leben soll?

Aber auch die Arbeiter der Städte und der großen Industriezentren, generationenlang vom Lande und seiner Not getrennt, auch sie müssen heute begreifen, daß es außer ihrer wahrhaft bitteren Not noch andere Not gibt: die Not des Bauern, der schwer ringt und schuftet und doch sehen muß, wie sein väterlicher Hof immer mehr verfällt und wie selbst die besten Anstrengungen des Einzelnen nicht ausreichen, um die Kollektivnot der gesamten Bauernschaft zu lindern. . . .

Vernichtung der großen Machtzentren, die von der Wirtschaft her die Freiheit des deutschen Volkes bedrohen, das ist die Parole des gemeinsamen Kampfes in Stadt und Land!

Vernichtung des Junkerbesitzes, das ist das Mittel!  
Land frei für die bäuerliche und städtische Siedlung — das ist das Ziel!“

Gut gesagt! Was gedenkt das „Reichsbanner“ zur Erreichung des Ziels, zur Anwendung des Mittels zu tun?

## DEUTSCHLAND

Die Reichsindexziffer für Lebenshaltungskosten stellte sich im Durchschnitt des Monats Januar auf 117,4 gegenüber 118,4 im Dezember 1932.

West-Ostsiedlung 1932: Im Rahmen der gegenüber dem Vorjahr rückläufigen Siedlungstätigkeit sind 880 Siedlerfamilien aus dem Westen im Osten angesiedelt worden. 1931 waren es noch 940 West-Ostsiedler. — Das sind so wenig, daß es fast nicht lohnt, eine Statistik darüber aufzunehmen!

## Billig siedeln!

„Wer kann siedeln?“. Flugschriften der Reichsstelle für Siedlerberatung, herausgegeben von Dr. Johannes Schauff, Deutscher Siedlungsverlag, Berlin W 9, Leipziger Platz 17, 88 Seiten, 90 Pfennig.

„Ein Kernstück neuer deutscher Wirtschaftspolitik muß es sein, dem Bauerntum eine starke Stellung innerhalb der Volkswirtschaft zu geben.“ So lautet der erste Satz des Wortwortes dieser in mancher Hinsicht interessanten Schrift. Ganz einverstanden! Die Frage ist nur, wie verschaffen wir dem Bauerntum diese Stellung?

Die Antwort, die wir in dieser Schrift von der Reichsstelle für Siedlungsberatung erhalten, ist stark verbrämt mit nationalistischem Gerede, mit Propaganda für den Freiwilligen Arbeitsdienst, mit Werbung für die heutigen Siedlungsgesellschaften. Nur wenn man sich vor Augen hält, wer Urheber der Schrift ist, sind Sätze wie der folgende zu verstehen: „Aber darüber hinaus muß dringend davor gewarnt werden, in der landwirtschaftlichen Siedlung Organisationsformen zu schaffen, die etwa an die Formen der Genossenschaften anklängen“ (Seite 68.)

Vergegenwärtigt man sich jedoch, wer Herausgeber der Schrift ist und drückt beide Augen zu bei Sätzen wie: „Reich und Länder fördern die ländliche Siedlung nach Kräften“ (Seite 11), so findet man — neben vielem längst Bekanntem — einige interessante Feststellungen über das heutige Siedlungswesen in Deutschland.

Bisher ist es, wie die Schrift mit Recht feststellt, nicht gelungen, aus der Siedlungsbewegung eine lebendige bäuerliche Volksbewegung zu machen. Das ist auch in der Vorkriegszeit nicht gelungen. Die Siedlung war damals „eine Verwaltungssache und ein Geschäftsvorhaben“ (Seite 66); sie war „das Werk einer aufgeklärten, klugen und fleißigen Bürokratie — eine rein staatliche Angelegenheit mit einem

bekamen nur ein Fünftel aller Siedler Neubaugehöfte; im übrigen hat man aus Scheunen und Ställen des Gutshofes durch Umbauten Bauernstellen geschaffen.

Das Beispiel von Suckwitz fand Nachahmung; die hier besprochene Schrift zählt eine ganze Reihe von Fällen auf und faßt dann zusammen: „Drei Punkte sind es, die alle diese Siedlungsvorhaben von den Siedlungen früherer Jahre unterscheiden: Gruppenmäßiger Einsatz der Siedler, ihre Mitarbeit beim Aufbau der Siedlung und größere Primitivität in der Ausstattung jeder einzelnen Stelle. Diese drei Faktoren haben neben dem allgemeinen Rückgang der Baukosten und der Bodenpreise die Siedlung so erheblich verbilligt, daß man heute mit einem Vermögen von 3 bis 5000 Mark in bar oder in landwirtschaftlichen Inventarwerten eine wirtschaftsfertige Vollbauernstelle von 60 Morgen erwerben kann. Während noch vor vier Jahren der Preis für eine Vollbauernstelle 30 bis 40000 Mark betrug, beträgt er heute nur noch 15 bis 25000 Mark. 90 Prozent des Stellenpreises gibt davon das Reich als Kredit.“ (Seite 75.)

Während früher meist die Landarbeiter durch die Siedler verdrängt wurden, gelang es neuerdings, die Landarbeiter und damit ihre Erfahrungen in der Bearbeitung des Bodens an Ort und Stelle festzuhalten: „Das die Ansiedlung gänzlich mittellose Landarbeiter bei Berechnung der Abfindungssumme als Anzahlungsleistung und entsprechendem Vorgehen des Siedlungsträgers bei der Aufstellung des Finanzierungsplanes gewöhnlich ermöglicht werden kann, ist nunmehr erwiesen. Es genügt, als Beispiel auf vier Güter zu verweisen, die von verschiedenen Siedlungsträgern, unter Mitarbeit Brödrichs, aufgeteilt sind, nämlich Dersnow, Suckwitz, Schossin und Banzin. Diese vier Güter haben 175 Siedlerstellen ergeben, wovon 106 mit neuen bäuerlichen Familien und 69 mit örtlichen Landarbeitern besetzt sind. Nur zwei Arbeiterfamilien sind alles in allem abgewandert, und zwar aus Suckwitz, weil sie es vorzogen, Arbeiter zu bleiben.“ (Seite 77.) — Zweifellos ein großer Fortschritt!

Mascha Oetli